



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Mary Kay Henry: Sie organisiert den Búezer-Widerstand gegen Trump. Seite 7

Unternehmenssteuer-Reform III: Vorsicht, Falle!

Lügen-Merz &

Bschiss-Maurer

Schon Hans-Rudolf Merz hat uns brandschwarz angelogen. Jetzt will uns auch Ueli Maurer verschaukeln. Alle Zahlen und Fakten zur Abstimmung vom 12. Februar. Seiten 8-9

ILLUSTRATION: IGOR KRIVARIK; FOTOS: ALAMY.COM, STÖH GRÜNG

Deutsche hängen uns ab

SGB-Chefökonom Daniel Lampart erklärt, warum unsere Maschinenindustrie schrumpft und die deutsche boomt. Das Konjunktur-Interview. Seite 5

Sendepause für die Chefin

Nie mehr Arbeitsanrufe während der Freizeit. Die ultimativen Tipps. Seite 6

Ruder-Talent auf Hürdenlauf

Davide Zippo ist in Biel aufgewachsen, rudert erfolgreich und möchte zur Polizei. Er schildert seinen Hürdenlauf zum Schweizer Pass. Seite 3





workedito
Oliver Fahrni

ICH ERINNERE MICH GUT

Immer am Samstagnachmittag, wenn mein Vater von der Arbeit kam, eilten wir in die Migros, um rasch für die Woche einzukaufen. In den sechziger Jahren galt die 6-Tage-Woche. Danach fertigte er oft noch

Sie wollen hinter das Fabrikgesetz zurück.

technische Zeichnungen an, mit Rapidograph auf Kalkpapier, bis in alle Nacht. Heimarbeit, um über die Run-

den zu kommen. Wir alle waren darin irgendwie eingespannt. Drei Jahre vor der Pensionierung hat der Schnitter meinen Vater geholt.

AUCH NACHTS. So oder so ähnlich wollen es die Arbeitgeber wieder haben. Was kümmert sie, dass sich 7 von 10 Angestellten schon an der Grenze ihrer Belastbarkeit krümmen, wie die neue Unia-Umfrage zeigt (Seite 6). Alle sollen noch länger arbeiten. Und wir sollen über jede Arbeitszeit hinaus erreichbar sein und zu Hause «kleinere» Gratisarbeiten verrichten. Arbeitgeberverbände und ihre Politikerinnen und Politiker blasen gegen alles Sturm, was die Arbeitenden schützt. Die Schweiz ist längst Trumpf.

17 STUNDEN. Zum Beispiel Karin Keller-Sutter. Die oberste Warenhüslerin und FDP-Ständerätin will verhindern, dass «leitende Angestellte und Fachspezialisten» ihre Arbeitszeit erfassen. Der Trick: Kein Gesetz sagt, was ein Fachspezialist sei. Ist die Dame am Empfang eine «Fachfrau Persönliche Kommunikation», wie das in Callcentern heisst? Gut mit der Ratskollegin abgestimmt, fordert CVP-Mann Konrad Graber die Deregulierung des Arbeitsgesetzes. Für ganze Branchen könnte dann die Höchst Arbeitszeit geschleift werden.

Heimarbeiter sollen bis zu 17 Stunden täglich arbeiten «dürfen», fordert FDP-Nationalrat und Immobilienanwalt Thierry Burkart. 103 reaktionäre SVpler und Freisinnige haben den Wisch unterschrieben. Damit fallen sie hinter das Glarner Fabrikgesetz von 1846 zurück (maximal 14 Stunden). Was sie als «Freiheit» verkaufen, ist brutaler Zwang: Niemand soll sich mehr auf eine gesetzliche Höchst Arbeitszeit berufen können. Ihre digitale Moderne ist ein Rückfall in Zeiten der Weber: viel Heimarbeit in Pseudoselbstständigkeit (nur diesmal am Bildschirm) rund um die Uhr. Doch die Geschichte hält auch Hoffnung parat: Auf die Weberaufstände von 1844 folgte die Revolution von 1848.

P. S. work bekommt Verstärkung: David Gallusser, 31, Ökonom an der Uni Basel, Spezialist für Ungleichheit, wird künftig im 1 x 1 der Wirtschaft (Seite 11) unsere Wirtschaft erhellen. Die Redaktion wünscht gute Lektüre.



DURCHBRUCH: Der neue Gesamtarbeitsvertrag geht zurück auf den Gartenbaustreik von 2013. FOTOS: TOM KAWARA, UNIA

Gärtner Tom Hauser freut sich riesig über den neuen GAV: «Ein doppeltes Wunder»

Im stockkonservativen Grenzkanon Schaffhausen und erst noch in der klassischen Tieflohnbranche Gartenbau geht es einen Schritt vorwärts.

SABINE REBER

Der Schaffhauser Gärtner Tom Hauser ist begeistert: «Lohnhöhungen von bis zu 20 Prozent, wann hat es das schon je gegeben?»

Der engagierte Gewerkschafter freut sich aber auch grundsätzlich, dass nun Bewegung in die prekäre Gartenbaubranche gekommen ist. Er meint: «Unser Erfolg ist ein super Anfang. Nun machen wir voll motiviert weiter.» Das Ziel sind verbindliche Gesamtarbeitsverträge (GAV) für die Gartenbaubranche in der ganzen Schweiz.

SIGNALWIRKUNG

Hauser ist zuversichtlich, dass der Schaffhauser Erfolg Signalwirkung für andere Regionen hat. Und er freut sich über die Pionierrolle, die er mit seinen Kolleginnen und Kollegen von der Unia dabei spielt: «Natürlich sind wir stolz drauf, dass ausgerechnet uns in der SVP-Hoch-

burg Schaffhausen so ein Durchbruch gelungen ist.»

HART ERKÄMPFT

Zur Erinnerung: Die Schaffhauser Gärtner hatten einen langen Atem. Auch Tom Hauser. Und das hat sich gelohnt. 2013 machten sie mit einem national beachteten Streik auf ihre miesen Arbeitsbedingungen aufmerksam. Damals schafften sie es, die Mindest-

«20 Prozent Lohn-erhöhung, wann hat es das je gegeben?»

TOM HAUSER, GÄRTNER

löhne je nach Kategorie um bis zu 1000 Franken im Monat zu verbessern. Ein grosser Erfolg, der sich nun auch langfristig bezahlt macht.

Dass gerade die Schaffhauser Gärtnerinnen und Gärtner mit ihrem Streik in dieser traditionell von miesen Löhnen geprägten Branche so viel hätten bewegen können, dies, so Tom Hauser, «gleich einem doppelten Wunder.»

Noch haben die Gartenbauerinnen und -bauer einiges an Engagement vor sich. Aber sie sind ihrem Ziel ein Stück näher gekommen. Ende Jahr wurde das Gesuch um Allgemeinverbindlichkeitserklärung für einen Gesamtarbeitsvertrag in der grünen Branche im Kanton Schaffhausen im Amtsblatt publiziert. Damit ist das Verfahren offiziell eröffnet, das den hart erkämpften Gesamtarbeitsvertrag in die Realität umsetzen soll.

Vorerst hat der Arbeitgeberverband Jardin Suisse mit dem von ihm unterstützten Berufsverband Grüne Berufe Schweiz verhandelt. Lorenz Keller von der Unia Zürich-Schaffhausen: «Die Unia als grösste Gewerkschaft im Gartenbau wird sich natürlich in das anstehende Verfahren einbringen. Es ist wichtig, dass alle Akteure zusammen am Tisch sitzen.»

SCHUTZ VOR DUMPINGLÖHNEN

In der Vergangenheit hat sich Jardin Suisse schwergetan, die schlechten Arbeitsbedingungen im Gartenbau zu verbessern. Aber gerade in einem Grenzkanon wie Schaffhausen haben auch die Arbeitgeber ein Interesse, sich vor Dumpinglöhnen und -preisen aus dem Nachbarland zu schützen.

Unia-Mann Keller: «Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Vertrages würde allen Gartenbauerinnen und Gartenbauern, aber auch den Arbeitgebern einen echten Schutz vor Tieflohnen und unfairer Konkurrenz bieten!»



INSERAT

Die Unia ist die grösste Gewerkschaft der Schweiz. Als dynamische und erfolgreiche Organisation mit rund 200 000 Mitgliedern geben wir den Anliegen der Arbeitnehmenden eine kraftvolle Stimme und engagieren uns für faire Arbeitsbedingungen und Leistungen.

Für das Abteilungssekretariat und die Führung der Datenbanken suchen wir in unserer Organisationseinheit GAV-Service per **1. März 2017** oder nach Vereinbarung eine/-n

Sachbearbeiter/-in Administration & Dokumentation, 90 %

Ihre Kernaufgaben

In dieser vielseitigen Drehscheibenfunktion sind Sie für die Organisation der Kommissionssitzungen verantwortlich. Dazu gehört die administrative Unterstützung der schweizweiten Vollzugstätigkeiten für den GAV Personalverleih sowie für private Sicherheitsdienstleistungen. Sie optimieren und dokumentieren verschiedene Prozesse des Vollzugs und der GAV-Datenbanken. Zusätzlich zum klassischen Tagesgeschäft koordinieren Sie die zeitgerechten Übersetzungsaufträge und unterstützen Ihre Teamkollegen bei der Durchführung interner Umfragen. Die Bearbeitung telefonischer sowie schriftlicher Anfragen und die Erledigung der Korrespondenz d/f (selbständig oder nach Vorgabe) runden Ihr breites Aufgabengebiet ab.

Ihr Profil

Sie verfügen über eine kaufmännische Ausbildung und haben mehrere Jahre Berufserfahrung. Ferner überzeugen Sie mit einer zuverlässigen sowie effizienten Arbeitsweise und behalten auch in hektischen Zeiten einen kühlen Kopf. Sie zeichnen sich durch eine lösungsorientierte Vorgehensweise aus und bringen überdurchschnittliche IT-Kenntnisse sowie einen guten Sinn für komplexe Zusammenhänge und Prozesse mit. Ausgezeichnete Deutsch- und Französischkenntnisse (m/s) sind für die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgabe unerlässlich.

Unser Angebot

Wir bieten Ihnen eine herausfordernde sowie abwechslungsreiche Tätigkeit in einem vielschichtigen und sinnstiftenden Umfeld, fortschrittliche Anstellungsbedingungen sowie einen attraktiven Arbeitsplatz in der Stadt Bern.

Interessiert? Herr Kaj Rennenkampff, Abteilungsleiter GAV-Service, Telefon 076 324 32 75, erteilt Ihnen gerne weitere Auskünfte. Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis am 6. Februar 2017 an: bewerbung.be@unia.ch.

SCHAFFHAUSEN VORBILD-FUNKTION

Nicht umsonst wurde der Gartenbau am Unia-Kongress 2016 in Genf zur Schwerpunktbranche erklärt. Chris Kelley, bei der Unia für die Branche verantwortlich: «Die Fortschritte in Schaffhausen zeigen glasklar auf, dass faire Löhne auch im Gartenbau möglich sind.» Man werde nun alles daransetzen, in der ganzen Schweiz bessere Arbeitsbedingungen im Gartenbau zu erreichen. Die Voraussetzungen dafür sind gut, so Kelley: «Zum Beispiel im Kanton Bern und im Kanton Zürich haben wir sehr aktive Gruppen, die sich kreativ und kämpferisch einbringen. Und im Kanton Genf hat die Unia bereits jetzt einen GAV im Gartenbau.» (sr)

Endo Anaconda workSMS

ans WEF

Während auf dem Balkan die Flüchtlinge erfrieren, heizt man in Davos die Cheminiées für das WEF ein. Damit es die unfähigen Gesundheitler der Globalisierung schön kuschelig haben in ihrer Lobhudelei über die angebliche Segnung eines Wirtschaftssystems, das die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher macht. Und das zudem unsere globalen Lebensgrundlagen zerstört. Der Horrorclown, der jetzt US-Präsident ist, ist bloss ein Symptom dieser ungerechten Weltordnung. Nationalismus und Populismus sind keine Alternative, die Welt hört nicht in Kreuzlingen auf. Wir haben keine Chance, nutzen wir sie!

Endo

Ihr SMS an Endo: 077 437 56 82



Die Gewerkschaft. Le Syndicat. Il Sindacato.

12. Februar: Davide Zippo (19) wäre froh um die erleichterte Einbürgerung

«Der Schweizer Pass würde mir viel bedeuten»

Davide Zippo möchte in der Schweizer Nationalmannschaft rudern. Und nach dem Studium zur Polizei. Doch er wartet noch immer auf seine Einbürgerung.

AUFGEZEICHNET VON SABINE REBER

«Mein Grossvater väterlicherseits kam in den 1960er Jahren aus Apulien in die Schweiz. Die erste Zeit arbeitete er als Aushilfe bei einem Bauern, später als Saisonier auf dem Bau. Meine Grossmutter konnte erst Jahre später nachziehen. Sie hatten drei Kinder, die alle in Biel aufwuchsen und zur Schule gingen. Die Familie meiner Mutter kommt ebenfalls aus Italien, auch sie waren Saisoniers.

Ich selber bin in Biel geboren und aufgewachsen. Ich habe hier das Gymnasium besucht und die Matura gemacht. Nun studiere ich Forensik an der Universität Lausanne.

GUT IM RUDERN

Bis jetzt hat sich niemand aus unserer Familie einbürgern lassen, weil wir eigentlich dachten, dass das für Italiener mit dem EU-Pass nicht nötig sei. Mein Vater sagte immer, die Einbürgerung koste nur Geld und bringe nichts.

Ich reichte vor vier Jahren ein erstes Einbürgerungsgesuch ein, als ich merkte, dass ich im Rudern richtig gut werde. Mit dem Seeclub Biel konnte ich zwar immer an die Rennen. Doch bei den Kadertests für die Junior-Nationalmannschaft durfte ich nicht mitgehen. Also habe ich das Einbürgerungsverfahren in Angriff genommen, in der Hoffnung, dass ich im Rudersport international weitermachen könne. Damals war ich 15, und das Verfahren wäre in dem Alter noch erleichtert gewesen.

STATT ERLEICHTERT ERSCHWERT

Ich hörte dann ewig nichts von den Behörden, und als ich nachfragte, sagte man mir, die Unterlagen seien



ACHTERBILD MIT ZIPPO AM SCHLAG: Am Schlag heisst, Zippo ist der Chef im Boot (2. von links). Der junge Ruderer mit dem Achter in einem Trainingslager 2015. Und alleine auf dem Bielersee. FOTOS: STÖH GRÜNIG

garn an die 'Coupe de la Jeunesse', einen wichtigen internationalen Wettbewerb für junge Ruderer.

EINFACHER TEST

Im Sommer 2016 hatte ich meinen Einbürgerungstest. Ich fand ihn einfach; es wurde nur nach Sachen gefragt, die man sowieso weiss, wenn man hier zur Schule gegangen ist. Aber das kostet natürlich alles. Ich musste allein für diesen Test 350 Franken zahlen. Nun warte ich auf den abschliessenden Teil des Einbürgerungsverfahrens, da wird es noch ein persönliches Interview über meine Lebenssituation geben. Wenn alles okay ist, muss ich nochmals 800 Franken zahlen, und dann sollte es endlich klappen mit dem Schweizer Pass. Es würde mir wirklich viel bedeuten. Es ist ja so, dass ich mich sowieso als Schweizer fühle, trotz meinen italienischen Wurzeln. Es würde mir auch nichts ausmachen, ins Militär zu gehen. Für einen Sportler ist das ja kein Problem.

Ich bin voll am Trainieren und fahre weiterhin Clubrennen mit dem Seeclub Biel. Wer weiss, vielleicht bekomme ich doch noch eine Chance im internationalen Rudersport? Aber für mich ist der Schweizer Pass auch aus anderen Gründen wichtig: Wenn ich nach dem Studium als Forensiker für die Polizei arbeiten möchte, dann müsste ich den Pass wirklich haben!»

Ich fühle mich sowieso als Schweizer, trotz den italienischen Wurzeln.

wohl verloren gegangen. Da ich da schon 16 war, musste ich nun das volle Verfahren durchlaufen. Es kostete viel Zeit und Geld, die ganzen Papiere dafür zu besorgen, Strafregisterauszug und alles. Insgesamt bezahlte ich für alle benötigten Auszüge sicher 200

Franken. Aber gut, ich machte alles noch einmal, und beim zweiten Versuch wurde das Gesuch zum Glück angenommen. Danach hörte ich wieder lange nichts.

Im Sommer 2014 konnte ich dann nicht mit der Junior-Nationalmannschaft trainieren. Bei der U19-Schweizer-Meisterschaft 2015 war ich im Achterboot dabei, und wir holten Silber. Aber 2016 durfte ich wegen des fehlenden Passes nicht mit nach Un-

Schweizer Pass: Gleiche Chance in allen Kantonen

Dass die Schweiz mit 20 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil hat, liegt vor allem daran, dass in der Schweiz viel weniger Menschen eingebürgert werden als in anderen Ländern. Und dass die gesetzlich vorgeschriebene Wartefrist von 12 Jahren zu den höchsten in Europa gehört. In Norwegen beispielsweise werden pro Jahr 4,8 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung eingebürgert, in der Schweiz sind es gerade mal 1,6 Prozent. Und so fungieren viele heute noch in der Ausländerstatistik, ob-

wohl sie sich längst als Schweizer fühlen.

Wer sich für den Schweizer Pass bewirbt, ist den kantonalen Behörden ausgesetzt. Kosten, Fristen und Verfahrensdauer variieren je nach Wohnort erheblich. So ist es in Genf oder in Zürich einfacher, sich einbürgern zu lassen, als in Bern. Etliche Kantone kennen bereits heute vereinfachte Verfahren für die dritte und teilweise auch für die zweite Ausländergeneration. Keinerlei Erleichterungen gibt es dagegen im Jura, Thurgau, Tessin und Wallis, in beiden Appen-

zell, Solothurn, Glarus und Graubünden.

WAS SICH ÄNDERT. Mit der Annahme der Initiative am 12. Februar müssten Jugendliche bis 25 Jahre, die in der Schweiz aufgewachsen sind und deren Eltern und Grosseltern schon hier lebten, nicht mehr mit Interviews und Sprachtests beweisen, dass sie sich integriert haben. Neu wäre der Bund zuständig, die Verfahren würden vereinheitlicht, also gerechter. Nach wie vor können die Behörden die Einbürgerung ablehnen, falls sie Bedenken we-

Biberli meint: «Cheibe steil, dieser Pass!»



gen der Integration einer Person haben. Burka-Trägerinnen wären von der Vorlage nicht betroffen: Von den 24 656 Personen, für die eine erleichterte

Einbürgerung in Frage käme, haben 60 Prozent den italienischen Pass. Die meisten anderen kommen aus Spanien, Portugal und der Türkei. (sr)

Hundert Jobs weg bei Mode Vögele

PFÄFFIKON SZ. Schock für die Beschäftigten von Vögele: Die Modekette entlässt am Hauptsitz rund hundert Angestellte, einen Drittel der Belegschaft. Betroffen ist die ganze Einkaufsabteilung.

Doch die Angestellten wehren sich: Eine Mehrheit hat die Unia beauftragt, in ihrem Namen mit den Chefs zu verhandeln. Den vorgeschlagenen Sozialplan lehnen sie ab. Giuseppe Reo von der Unia Zentralschweiz: «Vögele hat diesen ohne Mitsprache der Angestellten verfasst. Das geht nicht!» Das Gesetz sagt klar: Bei Entlassungen von mehr als 30 Personen muss der Betrieb den Sozialplan mit der Belegschaft aushandeln. Inhaltlich sei der Vorschlag «völlig ungenügend», so Reo. Er kritisiert das Verhalten der Geschäftsleitung: «Sie versucht, die Angestellten einzuschüchtern und zu spalten.»

Erst vor einem Monat hat der italienische Modekonzern OVS Vögele offiziell übernommen. Entsprechend schockiert ist Unia-Mann Reo: «Die Leute werden entlassen, kaum ist die Tinte unter dem Vertrag trocken.» Er befürchtet, dass es auch im Verkauf zu einem Stellenabbau kommen werde.

Erster Sieg für Geberit-Büezer

SAMOUREAU (F). Wegen eines Formfehlers muss die Geberit-Tochterfirma Allia das Verfahren um den Sozialplan wiederholen. Das hat die zuständige Behörde entschieden. Die Firma hatte es versäumt, einige Arbeitnehmervertreter korrekt zu mandatieren. 257 Arbeitsplätze werden deshalb vorerst nicht nach Portugal und Polen verlegt. Gewerkschaftsvertreter Pierre Gael



DEMO: Büezer im November in Rapperswil-Jona. FOTO: RALPH HUG

Lavender spricht von einem Etappensieg. Er lehnt den vorliegenden Sozialplan als «Karikatur» ab. Die betroffenen Keramik-Büezer fordern den Erhalt ihrer Jobs in zwei Produktionsstätten. Rund zweihundert von ihnen hatten letzten November am Hauptsitz von Geberit in Rapperswil-Jona SG protestiert, unterstützt von der Unia.

Richemont ganz dreist

GENE. Unverfrorener geht's kaum! Da entlässt der Luxusgüterkonzern Richemont auf Ende letzten Jahres über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – und verkündet nun im Januar einen Umsatzzuwachs von mehr als 6 Prozent: Zwischen Oktober und Dezember 2016 nahm der Konzern insgesamt 3,09 Milliarden Euro ein. Den Aktionären wurden im vergangenen Jahr Dividenden von 854 Millionen ausbezahlt.

Die Velokuriere So ein Mann!

Velokuriere sind ein Segen, effizient und ökologisch. Sie sind aber auch eine Augenweide, sexy, wie viele Frauen finden. Hier drum eine politisch ganz und gar unkorrekte Ode an die neuen Ritter der Strasse.

MARIE-JOSÉE KUHN *

Stürzt so ein Kurier ins Büro, ist Renate schon halb k.o. Dieser Hintern, dort möchte sie glatt überwintern. Erst versucht sie mit Blicken, ihre Beute zu umstricken. Dann ihn heftig zu umgarnen. Man kann sie auch nicht warnen. Denn sie kennt kein Erbarmen. So ein Mann, so ein Mann, zieht sie unwahrscheinlich an. Dieser Wuchs, diese Kraft, weckt in ihr die Leidenschaft. So ein Mann, so ein Mann, macht sie zapplig und nervös. Und schon ist es passiert. Bitte sei'n sie ihr nicht bö.



SO EIN WEIB: Das Cover der Single «So ein Mann» aus dem Jahr 1976.

Flitzt so ein Veloblitz vorbei an Christine, pfeift sie gern mal auf den Fingern. Eine Spezialistin in solchen Dingen. Und trällert: «Was sind schon Porsche und Maserati, gegen meinen Kurier Bonetti!» Er reitet den Sturm, er überwindet den Turm und trotz jedem Wurm. Und zeigt sich Bonetti noch immer lustlos, na dann wird Christine halt bewusstlos. Und legt's auf ne Mund-zu-Mund-Beatmung an. Holt dann der auserwählte Retter trotzdem einen Sanitärer, haucht sie sterbend wie der legendäre Schwan. Man! So ein Mann, so ein Mann, turnt sie unwahrscheinlich an. Dieser Wuchs, diese Kraft, weckt in ihr die Leidenschaft. So ein Mann, so ein Mann, macht sie zittrig und nervös. Bitte sei'n sie ihr nicht bö!

Marianne braucht ihn nur zu wittern – und schon beginnt sie am ganzen Leib zu zittern. Diese geschmeidigen Waden – ein Schlag in den Magen. Dieser starke Rücken – blosses Entzücken. Und erst die festen Schenkel, da gibt es gar nichts zu plänkeln. Und liegt der Kurier erst am Boden, greift sie nach den Hosen. Tut er dann immer noch ganz unschuldsvoll, geht sie ihm, ohne lang zu zagen, auch noch an den Kragen. So ein Mann, so ein Mann, macht sie zittrig und nervös. Ruinös, ruinös. Bitte sei'n Sie ihr nicht bö! Bitte sei'n Sie ihr nicht bö! Oh, bitte, sei'n Sie uns nicht bö!

* In schwerer Anlehnung an die goldige Schlagersängerin und Tänzerin Margot Werner, 1937–2012: www.margotwerner.de

Velolieferdienst zahlt weder Sozialabgaben noch Unfallversicherung Wer bei Notime nicht brav strampelt, wird geschasst



ABSTRAMPeln BEI WIND UND WETTER: Beim Lieferdienst Notime weht den Fahrerinnen und Fahrern ein eisiger Wind entgegen (Symbolbild). FOTO: KEYSTONE

Notime kümmert sich noch ein bisschen weniger um die Rechtslage als der Dumping-fahrdienst Uber. Ein Ex-Fahrer packt aus.

CHRISTIAN EGG

Vier Sätze genügten dem Chef, um Velokurier Marcel Graf* rauszuwerfen. Per Mail liess er diesen wissen: «Leider sehe ich nicht, wie wir in Zukunft zusammenarbeiten können.» Von einem Moment auf den anderen war Graf den Job los.

Ziemlich genau ein Jahr lang hatte der 33jährige für den Velolieferdienst Notime gearbeitet. Das junge Start-up-Unternehmen nahm 2015 in Zürich den Betrieb auf und expandierte rasch nach Basel, Bern, Winterthur, Luzern und St. Gallen.

Per Velo liefern die Kurierinnen und Kuriere Waren aus, etwa für das Warenhaus Manor, für die Essensplattform eat.ch, den Elektronikhändler Brack oder die Edel-Confiserie Sprüngli. Laut eigenen Angaben beschäftigt die Firma schon über 300 Fahrerinnen und Fahrer. Gegenüber work erklärt Notime, sie habe «aktuell» auch Fahrer mit einem Teilzeitpensum angestellt. Zwei Drittel der Lohnsumme gehen laut der Firma aber an «Freelance-Fahrer» wie Marcel Graf.

SCHEINSELBSTÄNDIG

Notime konnte Marcel Graf deshalb sofort los werden, weil sie ihn gar nicht richtig angestellt hat. Er und viele andere bekamen nur eine «Rahmenvereinbarung». Auf dem Papier sind sie «Selbständigerwerbende».

Tönt grossartig, ist aber mies: Die Kurierinnen und Kuriere haben keine Ferien, keine Unfallversiche-

Die Unia prüft jetzt rechtliche Schritte gegen das System von Notime.

rung. Keinen Lohn, wenn sie krank sind. Und Notime bezahlt auch keine Sozialabgaben. Genau, Notime macht's wie der Dumpingfahrdienst Uber – und kommt deswegen ebenfalls immer mehr in die Kritik.

* Name geändert.

Genau wie Uber steuert Notime das Geschäft per App. Wie Uber erzählt Notime deshalb in den Medien, man sei «nur eine Technologieplattform», keine Transportfirma. Und genau wie Uber interpretiert Notime die Gesetze nach eigenem Gusto. Auf

Wie Uber interpretiert Notime die Gesetze nach eigenem Gusto.

den Vorwurf, die Arbeitsrechte nicht zu respektieren, räumte Notime-Mitbegründer Philipp Anton gegenüber «10 vor 10» freimütig ein: «Wir dehnen sie.»

PERFIDES RANKING

Notime geht sogar noch weiter als Uber. Kleider, Rucksack, die Beschriftung am Velo: Alles muss das Logo der Firma tragen. Per App können die Chefs laufend verfolgen, wo und wie schnell die Fahrerinnen und Fahrer unterwegs sind. Und sie radeln im Stundenlohn: Graf verdiente 19 Franken – plus 3 Franken Zuschlag pro Auftrag. Roman Künzler, verantwortlich für die Transportbranche bei der Unia, sagt: «Es ist also völlig klar, dass Notime als Arbeitgeber einzustufen ist.»

Über-Fahrende können immerhin ihre Arbeitszeit selber bestimmen. Bei Notime können sie nicht einmal das, sie können bloss aus vorgegebenen Schichten auswählen.

Und selbst das sei nur theoretisch, berichtet Marcel Graf: «Ab Sommer 2016 hatte es regelmässig zu wenig Schichten.» Dann spielte die Firma die Kuriere gegeneinander aus. Denn sie bewertet deren Leistung, abhängig von Kundenzufriedenheit und Geschwindigkeit. Die Besten dürfen ihre Schichten zuerst auslesen. Für die anderen bleiben dann die unbeliebten Schichten übrig. Oder gar keine mehr. Das heisst: kein Lohn. So geht das!

Für Unia-Chefjurist Philip Thomas ist klar: «Notime tritt gegenüber den Fahrerinnen und Fahrern faktisch als Arbeitgeberin auf, drückt sich aber um Pflichten wie Sozialleistungen oder Versicherungsprämien.» Die Unia prüft jetzt, rechtlich gegen diesen Trick vorzugehen.

Einst Öko-Rebellen, vielleicht bald mit Gesamtarbeitsvertrag

Ja, man spüre die Konkurrenz durch den Dumper-Kurierdienst Notime (siehe Text links), sagt Dominik Guggisberg, Co-Geschäftsleiter beim Velokurier Bern: «Sie haben uns mehrere Aufträge abgeluchst.» Oftmals unterbiete Notime die Tarife der traditionellen Velokuriere. Für Guggisberg ist klar, wie das geht: «Sie zahlen keine Sozialabgaben und haben die schlechteren Löhne als wir.» Beim Velokurier Bern verdiene ein Fahrer zwischen 22 und 24 Franken pro Stunde, «und tiefer wollen wir nicht gehen». Mehr noch: Der Dachverband der Velokuriere handelt derzeit mit der Gewerkschaft Syndicom einen schweizweiten Gesamtarbeitsvertrag aus. Guggisberg führt noch einen weiteren Grund für die tiefen Notime-Preise an. Der Velofahrdienst biete eine Softwarelösung für Grossfirmen wie Brack an, die sich in deren Liefersystem einbauen lässt.



TEMPI PASSATI: Velokurier in Bern 1998. FOTO: VELOKURIER BERN

DAMALS. 1988 entstand in Luzern der erste Velokurier der Schweiz. Die Idee schlug ein: Schon im nächsten Jahr entstanden Dienste auch in Basel, Bern, Thun und Zürich. Am Anfang eher als Kind der 1980er Bewegung denn als Geschäftsmodell. Die Fahrerinnen und Fahrer engagierten sich für den Umweltschutz, sie wollten mit dem Velo die Strasse zurückerobern. Es entstand ein schweizweites Kuriernetz: Eine legte ein Paket in Zürich in den Zug, eine andere holte es in Bern wieder raus und brachte es ans Ziel. Diese Zeiten sind vorbei. Swissconnect, der schweizweite Service, ist heute etabliert. Die SBB sind jetzt Partnerin.

Veloblitz Zürich und Velokurier Bern sind immer noch Genossenschaften.

GENOSSENSCHAFT. Ganz verschwunden ist der Idealismus allerdings nicht. Der Veloblitz in Zürich, die Kuriere in Bern und Chur und Hallo Velo in Genf sind nach wie vor als Genossenschaft organisiert. In Bern können die Kurierinnen und Kuriere für hundert Franken Mitglied werden. Dann können sie an den monatlichen Betriebsitzungen teilnehmen. Co-Leiter Guggisberg sagt nicht ohne Stolz: «Das ist das oberste Organ in unserem Betrieb.» (che)



DANIEL LAMPART: «Seit 2008 haben die deutschen Maschinenbauer den Personalbestand um 25 Prozent erhöht. In der Schweiz sind dagegen 14 Prozent der Stellen verloren gegangen.» FOTOS: YOSHIKO KUSANO

SGB-Chefökonom Daniel Lampart über die Aussichten im 2017:

«Die Deutschen haben uns abgehängt!»

Das hat es seit Menschengedenken nicht gegeben: Deutschland hat inzwischen die niedrigeren Erwerbslosenzahlen als die Schweiz. Und anders als hier läuft dort auch die Konjunktur rund. Warum, erklärt der oberste Gewerkschaftsökonom im grossen work-Interview.

CLEMENS STUDER

work: Vor rund zwei Jahren gab die Schweizerische Nationalbank SNB den Mindestkurs auf. Unterdessen hört man von verschiedenen Seiten, auch aus Bundesämtern, es sei jetzt eigentlich fast alles wieder gut. Neues Jahr, neue Konjunktur?

Daniel Lampart: Leider nein. Wir sind eines jener Länder, die am längsten brauchen, die Finanzkrise zu überwinden. Im Ausland zieht die Konjunktur an. Nach international vergleichbaren Daten hat zum Beispiel Deutschland inzwischen die niedrigeren Erwerbslosenzahlen als wir. Die Deutschen haben uns abgehängt. Das hat es quasi seit Menschengedenken nicht gegeben. Und zeigt, was auch in der Schweiz möglich gewesen wäre, hätten wir nicht diesen überbewerteten Franken. Die extreme Frankenaufwertung seit 2010 hat Zehntausende Jobs gekostet, behindert den Aufschwung, den Aufbau von Arbeitsplätzen und die Senkung der Arbeitslosenquote.

Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Entwicklung im laufenden Jahr ein?

Wir rechnen mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

Der Frankenschock kostet uns 25 Milliarden Franken pro Jahr.

von rund 1,5 Prozent, einer Teuerung von rund 0,3 Prozent, einer Arbeitslosenquote von 3,3 Prozent und einer Erwerbslosenquote von 4,7 Prozent. Das ist alles nicht sehr berauschend. Klar ist: Solange sich der Franken nicht abschwächt, wird der Schweizer Werkplatz weiter leiden. Wir brauchen deshalb eine mutigere Geldpolitik, die dem Land nützt.

Deutschland wächst, die Schweiz schrumpft. Alles nur eine Folge des aufgeblähten Frankens?

Die Währung ist der wichtigste Faktor. Ohne die starke Frankenaufwertung läge das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hierzulande um 3000 Franken höher. Der Frankenschock kostet uns insgesamt rund 25 Milliarden Franken pro Jahr. Am Beispiel der Maschinenindustrie sieht man das gut. Die Firmen in Deutschland und der Schweiz stellen vergleichbare Produkte her. Seit 2008 haben die deutschen Maschinenbauer aber den Personalbestand um 25 Prozent erhöht. In der Schweiz sind dagegen 14 Prozent der Stellen verloren gegangen. Davon allein seit der Mindestkursaufgabe jede zehnte.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und seine Politiker im Bundeshaus erwidern hier gerne, dass die Währungs herausforderung die Innovationskraft stärke, die Produktivität steigern. «Schlank und fit» lautet die Devise.

Wenn man aus einem kleinen Land wie der Schweiz heraus exportieren will, muss man innovativ sein. Die Industrie hat keine Wahl bei der Innovationskraft – Franken hin oder her. Der Haken ist: Je überbewerteter der Franken ist, desto tiefer sind die Margen und desto weniger Geld ist für Investitionen in neue Produkte vorhanden. Ich mache mir grosse Sorgen, dass, wenn die heute produzierten Maschinen durch neue, innovativere Produkte ersetzt werden müssen, gerade bei den KMU die Mittel für die nötigen Investitionen fehlen.

Was hätte das für gesamtwirtschaftliche Auswirkungen?

Wenn wir in der Schweiz hochwertige Produkte herstellen wol-

len, sind wir auf den Export angewiesen. Die Inlandnachfrage reicht dazu nicht. Das gilt für die Pharmabranche genauso wie für die Maschinen- und Uhrenindustrie. Nur dann, wenn wir unsere

Die Nationalbankpolitik schadet allen.

Produkte weltweit verkaufen können, können wir unseren Wohlstand sichern. Wenn das nicht mehr möglich ist oder nicht mehr im bisherigen Ausmass, spüren das nicht nur die Exportwirtschaft, sondern wir alle. Es ist darum nicht überraschend, dass der Detailhandel stagniert. Das ist auch eine Folge der steigenden Erwerbslosigkeit.

Der aufgeblähte Franken schadet der Realwirtschaft. Wem nützt denn die aktuelle SNB-Politik?

Niemandem. Der überbewertete Franken schadet allen. Wenn nicht heute, dann morgen.

Warum wird die Politik dann nicht geändert?

Das müssen Sie das SNB-Direktorium fragen.

Wovor hat das SNB-Direktorium Angst?

Das Nationalbankdirektorium darf sich nicht verstecken, wenn es schwierig wird. Es muss sich Ziele setzen und diese dann durchsetzen. Präsident Thomas Jordan und seine Leute sind mächtig. Denn die SNB hat das Monopol auf dem Franken. Davon träumt jeder Unternehmer: ein Produkt zu haben, das einem die Leute aus der Hand reissen. Die SNB kann den Frankenkurs steuern – und damit der Schweizer Wirtschaft einen guten Dienst erweisen.

Was hat denn die SNB für einen Plan, wenn sie schon

keinen Mindestkurs zum Euro mehr will?

Momentan ist kein klarer Kurs erkennbar. Die SNB sagt nicht einmal mehr, auf welche Währung sie ihre Geldpolitik ausrichtet. Dazu kommt, dass die SNB unter Jordan den Mindestkurs schlechtredet. Eine Organisation, die eines ihrer stärksten Instrumente schlechtmacht, schwächt sich selber. Das ist ja so, als würden die Gewerkschaften schlecht über Gesamtarbeitsverträge reden. Das ist ein Fehler.

Weltweit öffnet sich die Schere zwischen oben und unten. Nach neusten Untersuchungen besitzen 8 Männer so viel wie die halbe Menschheit. In der Schweiz besitzen 2,2 Prozent so viel wie die übrigen 97,8 Prozent. Das ist gesellschaftspolitischer Sprengstoff.

Ja, aber in der Schweiz haben die Gewerkschaften diese Entwicklung bisher zu einem grossen Teil zumindest bremsen können. Zwar haben wir die obersten

Der eitle WEF-Chef und seine selbsternannte Elite fürchten um ihre Geschäfte.

Löhne nicht wirklich beschränken können, die sind ab durch die Decke. Aber für einen grossen Teil der Lohnabhängigen konnten die Löhne angehoben werden. Auch dank der Mindestlohnkampagne.

Das sehen aber viele Menschen anders: Die Krankenkassenprämien steigen, die Lohnabzüge für die taumelnden Pensionskassen steigen, und das Wohnen wird für die meisten im Land auch immer teurer. Ende Monat bleibt weniger im Portemonnaie.

Ja, besonders die Krankenkassenprämien und die Abzüge für die

Pensionskasse sind für viele Haushalte ein Problem. Deshalb verlangen wir auch, dass die Krankenkassenprämien höchstens 10 Prozent des Einkommens

Der AHV-Fonds muss von den Negativzinsen befreit werden.

ausmachen dürfen. Die Prämienverbilligungen müssen steigen. Und wir fordern von der SNB, dass sie die Einnahmen aus den Negativzinsen an die Sozialwerke ausschüttet. Das sind heute rund 1,5 Milliarden Franken. Ausserdem muss der AHV-Fonds vollständig von den Negativzinsen befreit werden.

Mittlerweile sorgt sich sogar das Weltwirtschaftsforum WEF um die Folgen des ungleich verteilten Reichtums.

Die Wahl von Trump und der Brexit ist ihnen in die Knochen gefahren. Der eitle Klaus Schwab und seine selbsternannte Elite fürchten um ihre Geschäfte. Doch wirksame Massnahmen werden in Davos nicht diskutiert. Die kommen von uns Gewerkschaften.

Es ist doch gut, wenn die Frage der Verteilungsgerechtigkeit nicht ausschliesslich von links gestellt wird.

Klar, aber die Antworten fehlen. Wenn man Schwab zuhört, geht es ihm ja nicht um mehr Rechte für die Menschen, er hat nur paternalistische Vorschläge. Seine Kernbotschaft ist: «Wir Leader müssen jetzt ein bisschen besser zu den ärmeren Leuten schauen. Wir müssen ein bisschen mehr Rücksicht nehmen auf die Arbeitnehmenden, die nicht in Davos an den gedeckten Tischen und in den Nobelhotels hocken. Sonst haben wir ein Problem mit unseren Geschäften.» Das ist weit weg von den Leuten.

Internationale Kampagne Lohnerhöhung für Europa

Langsam quält sich Europa aus der wirtschaftlichen Baisse heraus, die seit dem Finanzcrash von 2008 herrscht. Doch die Folgen sind nach wie vor spürbar. In elf EU-Ländern haben die Lohnabhängigen von 2010 bis 2016 reale Einkommenseinbußen erlitten. Sie können sich also mit ihrem Verdienst weniger leisten. Minus zehn Pro-



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

zent in Spanien, minus zwanzig in Griechenland. Auch in Belgien, Österreich und Grossbritannien sind die Reallöhne gesunken. Obwohl die Produktivität (also wie viel in einer bestimmten Zeit produziert wird) in diesen Jahren zugenommen hat. Das heisst: In fast ganz Europa ist der Anteil der Arbeitenden am Wirtschaftskuchen kleiner geworden.

AUF SCHWUNG. Deshalb sind jetzt Lohnerhöhungen angesagt. Der Europäische Gewerkschaftsbund, der EGB, lanciert dafür eine länderübergreifende Kampagne: «Europe needs a pay rise» ist das Motto, «Europa braucht eine Lohnerhöhung». Den Lead hat Esther Lynch, eine toughie Gewerkschaftsführerin aus Irland. Sie hält fest: «Unser Aufschwung beginnt im Portemonnaie.» Und sagt auch klar, wie dies zu erreichen sei: «Lohnerhöhungen brauchen gesamtarbeitsvertragliche Verhandlungen.» Individuelle Bittgänge führten nicht weit. Gerade die Gesamtarbeitsverträge haben in den letzten Jahren unter dem Diktat der europäischen Troika und der Sparpolitik gelitten.

Was drinliegt, zeigen die deutschen Gewerkschaften. Sie legten ihre Zurückhaltung ab und erkämpften seit 2014 jedes Jahr im Durchschnitt über zwei Prozent reale Lohnerhöhungen. Dazu brauchte es auch Streiks, bei den Kindertagesstätten, in der Metallindustrie usw. Dank dem neuen gesetzlichen Mindestlohn bekamen gleichzeitig drei Millionen Arbeitende mit Tiefstlöhnen eine Lohnerhöhung. Davon kann der Rest Europas lernen. Auch wir in der Schweiz, wo real in der gleichen Zeit jeweils weniger als ein Prozent herauschaute. Europa braucht eine Lohnerhöhung, genauso wie die Schweiz. Und dies nicht wie bisher vor allem in den obersten Etagen.

Die deutschen Gewerkschaften zeigen, was drinliegt.

UNIA online



Unia-Mitglieder gegen USR III

Kommt die Unternehmenssteuerreform III (USR III) durch, müssen wir alle dafür bezahlen. Neue Sonderprivilegien und Steuerersenkungen für Grosskonzerne und Aktionäre bedeuten Abbau beim Service public und Steuererhöhungen für uns alle. Unia-Mitglieder erklären in einem kurzen Video-Statement, weshalb auch sie am 12. Februar Nein sagen zur USR III. Video anschauen: www.youtube.com/uniaschweiz

Unia-Umfrage zeigt: Immer mehr müssen ständig erreichbar sein Das stresst so richtig: Wenn der Chef auch abends klingelt

Stress durch ständige Erreichbarkeit: Während sich die meisten Schweizer Firmen um dieses Problem füttern, macht Frankreich jetzt endlich vorwärts.

CHRISTIAN EGG

Dienstagabend, kurz vor neun Uhr. TV-«Bestatter» Mike Müller hat den Fall beinahe gelöst. Doch der gemütliche Fernsehabend wird jäh unterbrochen: Das Handy klingelt, der Chef ist dran.

TRAURIGE REALITÄT

Bei vielen Schweizer Angestellten ist dies Realität. Das zeigt eine neue Umfrage der Unia unter Büroangestellten (siehe Box «Unia-Stress-Umfrage: Die Resultate»). 42 Prozent, also fast die Hälfte, müssen manchmal oder sogar immer ausserhalb der Arbeitszeit erreichbar sein. Und das, obwohl es die Pflicht, ausserhalb der Arbeitszeiten erreichbar zu sein, gesetzlich nicht gibt. Ausgenommen sind Pikettdienste. Aber dafür muss es klare Regeln geben, und sie müssen entlohnt werden.

Doch viele Firmen höhlen mit einer gegenteiligen Praxis das Arbeitsgesetz aus. Eigentlich sollen sich Arbeitnehmende in der Freizeit erholen können, und zwar körperlich und psychisch. Das klappt nicht, wenn man immer wieder an die Arbeit erinnert wird oder sogar Aufgaben erledigen muss.

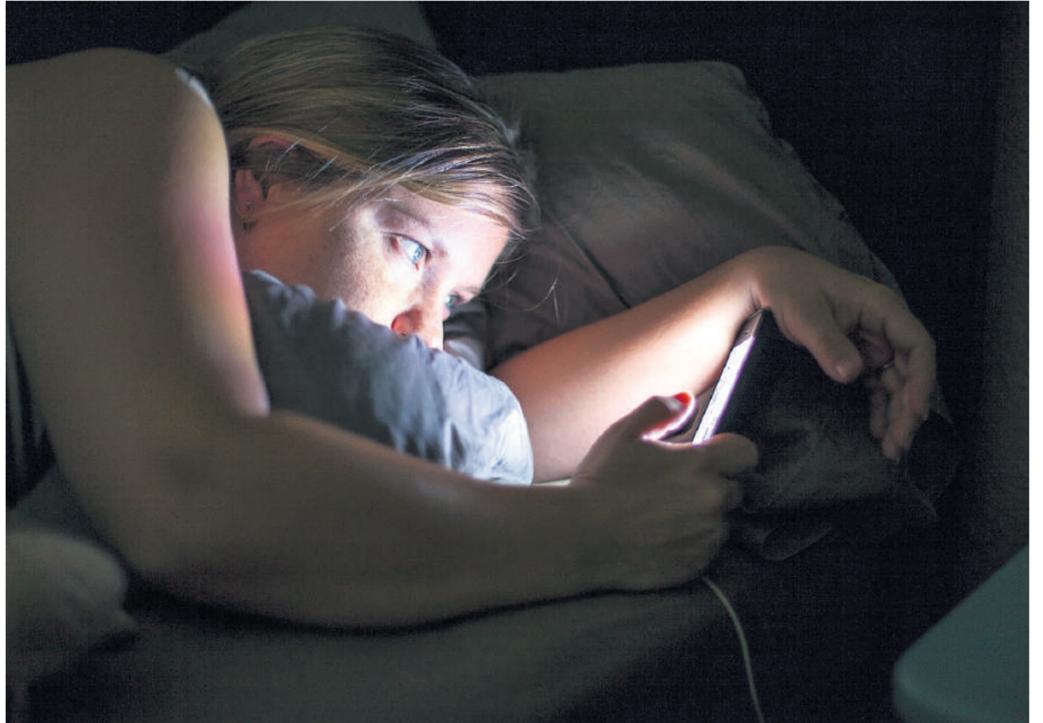
GENÜGEND ERHOLUNG

Frankreich versucht jetzt, das Problem zu regeln. Seit Anfang Jahr ist ein neues Gesetz in Kraft: Angestellte in Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden dürfen nach Feierabend und am Wochenende ihr Handy abschalten und

Volkswagen stellt über Nacht die Mailserver schlicht ab.

müssen keine Mails checken. Die Unternehmen sind angehalten, Lösungen zu finden, die den Mitarbeitenden genügend Erholungszeit gönnen.

Das ist auch dringend nötig: In letzter Zeit gab es in Frankreich mehrere Suizide von Mitarbeitenden, die nicht mehr



EIN ALBTRAUM: Eigentlich gibt es in der Schweiz für Angestellte keine Pflicht, auch im Bett noch erreichbar zu sein. Viele Vorgesetzte fordern das trotzdem ein. FOTO: FOTOLIA

workfrage: Sind Sie am Wochenende für Ihren Chef erreichbar?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

abschalten konnten und ein Burnout erlitten. Besonders betroffen waren die Telecom- und die IT-Branche. Die Firma Orange diskutiert deshalb nun mit den Angestellten immerhin über eine Abschalt-Charta.

Auch einige deutsche Firmen haben sich des Themas angenommen. Angestellte des Autokonzerns Daimler können ihre Mails während der Ferien

automatisch löschen lassen. Und Volkswagen stellt über Nacht die Mailserver ab. Zumindest für 3500 Mitarbeitende.

KLARE REGELN NÖTIG

Auch in der Schweiz sollen Arbeitnehmende ihre Freizeit zur Erholung nutzen können, fordert Unia-Industriechef und SP-

Internetfreie Zeit von 19 Uhr abends bis 7 Uhr am Morgen.

Nationalrat Corrado Pardini. Sein Vorschlag: internetfreie Zeit zwischen 19 Uhr und 7 Uhr. Das soll künftig so in Gesamtarbeitsverträgen festgelegt sein.

Eine klare Regelung ist dringend nötig. Denn die meisten Schweizer Firmen haben den Umgang ihrer Angestellten mit E-Mail und Telefon in der Freizeit nicht geregelt. Eine Ausnahme ist die Swisscom: Sie hat zum Thema einen Leitfaden entwickelt. Darin steht klar: «Du bist nicht verpflichtet, deine E-Mails in der Freizeit zu lesen oder Telefonate anzunehmen.»

Mitarbeit: Oliver Fahrni

Unia-Stress-Umfrage: Das sind die Resultate

Viele Büroangestellte leiden unter Stress. 7 von 10 Befragten fühlen sich bei der Arbeit oft oder sogar immer gestresst. Die wichtigsten Gründe dafür sind Zeitdruck und häufige Unterbrechungen. Alarmierend zudem: Jeder und jede sechste Befragte muss Gratisarbeit leisten. Denn sie können Überstunden weder kompensieren noch ausbezahlen lassen.

FREIWILD. Damit nicht genug: Die bürgerliche Mehrheit im Parlament will die Angestellten vollends zum Freiwild machen. Das Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit sowie Regeln zur Höchstarbeitszeit pro Woche sollen für einen grossen Teil der Beschäftigten gestrichen werden. Am 23. Januar berät die Wirtschaftskommission des Nationalrats entsprechende Vorstösse. Gegen diese Angriffe aufs Arbeitsgesetz kündigt Unia-Präsidentin Vania Alleva heftigen Widerstand an. Sie sagt zu work: «Diese Rechte haben die Gewerkschaften hart erkämpft. Und wir lassen sie uns nicht mehr nehmen!» (che)

Alle Resultate online: goo.gl/9acZWE

Die Chefin kann nicht mehr anrufen, Ihre Liebsten schon Handy-Tipps zum Schutz Ihres Feierabends

Arbeit ist Arbeit, Freizeit ist Freizeit. Wenn die Chefin das nicht einsieht, nützt ein Griff in die Technik-Trickkiste.

Gewusst, wie: Mit den richtigen Einstellungen im Handy ist man am Feierabend fürs Geschäft nicht mehr erreichbar und kann das Smartphone trotzdem brauchen. Am einfachsten ist der Nicht-stören-Modus. Ist er aktiviert, bleibt das Gerät stumm, wenn eine Nachricht eintrifft – egal, ob per Telefon, SMS, E-Mail oder Whatsapp. Sowohl iPhones als auch Android-Geräte haben diese Funktion:

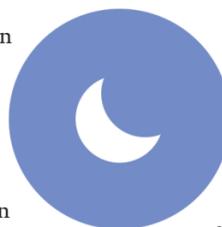
● **iPhone:** Wischen Sie auf dem Bildschirm von unten nach oben.

Tippen Sie dann auf das Mondsymbol.

● **Android:** Wischen Sie einfach zweimal von oben nach unten. Wählen Sie «Nicht stören».

Bei beiden Betriebssystemen kann man festlegen, wie lange der Modus gelten soll. Oder bestimmte Zeiten festlegen, in denen er sich automatisch einschaltet – etwa abends und am Wochenende.

FAVORITEN. Der Nachteil: Der Modus blockiert alle. Also auch Personen, mit denen Sie Kontakt haben



möchten – die Frau oder den Bruder. Dagegen hilft eine Liste von bevorzugten Personen. Ihre Anrufe und Nachrichten zeigt das Handy auch dann an, wenn es auf «Nicht stören» geschaltet ist. Und so geht's:

● **iPhone:** Wählen Sie Einstellungen -> Nicht stören -> Anrufe zulassen; dann «Favoriten» anwählen. Wer da dazugehört, definieren Sie in der Telefon-App. Um den Filter auch für Mails zu aktivieren, nehmen Sie die Leute, deren Mails auf jeden Fall angezeigt werden sollen, ins Postfach «VIP» auf. In den Einstellungen zum «VIP»-Postfach (blaues i-Symbol) schalten Sie

dann die Option «Im Sperrbildschirm» auf Grün.

● **Android:** Gehen Sie auf Einstellungen -> Töne -> Bitte nicht stören -> Nur wichtige Unterbr. zulassen. Nun können Sie unter «Nachrichten und Anrufe» einstellen, wer Sie jederzeit erreichen kann.

DISZIPLIN. So weit die Technik. Nun brauchen Sie nur noch Selbstdisziplin. Denn klar ist: Wer will, kann die Nachrichten auf dem Smartphone weiterhin abrufen. Die Versuchung bleibt, «nur kurz zu schauen», ob sich jemand gemeldet habe. Unser Tipp: Lesen Sie lieber ein gutes Buch. Oder work. (che)



STOP! Gewerkschaftschefin Mary Kay Henry warnt vor dem grossen Sozialabbau.

FOTO: ALAMY.COM

US-Gewerkschaften sind alarmiert und kampfbereit

«Präsident Trump ist unser Feind!»

Mit dem Immobilienspekulanten Donald Trump zieht ein erklärter Gewerkschaftsfeind ins Weisse Haus ein. Dabei sind die Gewerkschaften heute schon massiv unter Druck von rechts.

RALPH HUG

In Washington ist heute Freitag der Teufel los. Denn jetzt steigt Donald Trump auf den Präsidentenstuhl. Und genau deshalb gehen massenhaft Frauen, Bürgerrechtler, Linke, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf die Strasse. Sie protestieren gegen Trump, den unflätigen Rassisten, Sexisten und völlig unberechenbaren Narzissten.

Auch Gewerkschaften machen mobil. Einige haben zu einem «Sick out»-Streik aufgerufen – einen Tag blaumachen. Sie warnen vor Trumps reaktionärer Minister- und Beratertruppe, bestehend aus (fast) nur Männern, lauter Milliardären, Ex-Generälen, Ex-Goldman-Sachs-Bankern und evangelikalen Stündelern. Die wohl obszönste Ernennung Trumps ist Arbeitsminister Andrew Puzder (siehe Artikel unten). Schon während des Wahlkampfs sagte Richard Trumka, Chef des US-Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO: «Alles, was Trump tut, beweist, dass er unser Feind ist.»

DAS DREHBUCH STEHT

Auch Mary Kay Henry befürchtet von Trump das Schlimmste. Sie ist Präsidentin der Gewerkschaft der Serviceangestellten

(SEIU), mit zwei Millionen Mitgliedern die Grossgewerkschaft im Dienstleistungsbereich.

Henry befürchtet, dass die Regierung Trump zum grossen Sozialabbau schreite. «Dies, obwohl die Amerikaner klar für die Erhaltung der sozialen Sicherheit sind», sagt sie. 92 Prozent der Demokraten und 72 Prozent der Republikaner seien sogar für höhere Reichensteuern, um den Standard zu bewahren. Doch es geht nicht nur um Krankenkasse und Wohnzuschüsse. Trump und die Einflüsterer vom rechten Rand wollen auch die Gewerkschaften entmachten. Das Drehbuch dafür ist schon geschrieben.

RECHTE DENKFABRIKEN

Anfang Januar in Kentuckys grösster Stadt Louisville: Zahlreiche Protestierende strömen ins dortige Capitol, mit Schildern «Union Yes!» (Ja zur Gewerkschaft!). Anlass der Demo ist ein Gesetz, das der neue Gouverneur Matt Bevin und die republikanische Mehrheit durchgedrückt hatten. Es hebt die Pflicht für Arbeitnehmende auf, für den Vollzug eines Kollektivvertrags Beiträge zu zahlen. Bis jetzt galt: Alle Beschäftigten, die unter einem Firmenvertrag stehen, müssen diese Lohnabzüge zahlen. Jetzt soll man sich ausklinken können. Das schwächt die Gewerkschaften finanziell und erschwert ihnen, Firmenverträge abzuschliessen.

Solche antigewerkschaftlichen Gesetze («Anti Union Bills») wurden in den

Denkfabriken der Rechten entworfen. Bereits 26 Staaten, vor allem im konservativen Süden, haben solche Gesetze erlassen. Sie laufen perverserweise unter dem Titel «Right to work» (Recht auf Arbeit). Die Frage der Zwangsbeiträge liegt jetzt beim Obersten Gericht. Die Unions befürchten, dass Trump bei der bevorstehenden Ersatzwahl einen Gewerkschaftsfeind nominieren und dass das Gericht die umstrittenen «Right to work»-Gesetze absegnen werde.

Trump erhielt fast eine Milliarde von Rechtsaussen.

Die Fäden der Anti-Union-Bill-Offensive laufen bei den beiden Milliardären Charles und David Koch zusammen. Die Brüder sind im Ölgeschäft gross geworden und sind heute die zweitreichste Familie im Land. Vor allem aber sind sie die Grossfinanzierer der Rechten. Auch Klimaleugner und Abtreibungsgegner erhalten Geld von ihnen. Und natürlich Trump: Sagenhafte 900 Millionen Dollar soll er im Wahlkampf aus den Koch-Kassen erhalten haben. Dabei operieren sie im Stile eines Kreuzzugs, mit Geheimkonferenzen und klandestinen Strukturen. Die Kochs kämpfen gegen jeglichen Sozialstaat und für einen superaggressiven Kapitalismus. Senator Bernie Sanders, Hillary Clintons demokratischer Konkurrent im Präsidentschaftswahlkampf, nennt die Kochs «Extremisten vom rechten Flügel».

Trump's Arbeitsminister: Ein Lohndrücker

Lupe Guzman (47) weiss, wie Trumps neuer Arbeitsminister tickt. Die Mutter von sechs Kindern arbeitete viele Jahre in Las Vegas in einem Restaurant der Fastfoodkette Carl's Jr. Diese gehört zum Milliardenkonzern

Ungerechtfertigte Lohnabzüge und sexuelle Übergriffe.

CKE Restaurants Inc. Und da war Trumps neuer Arbeitsminister Andrew Puzder (66) der Chef. CKE gehört einem profitorientierten Investmentfonds und umfasst mehrere Schnellimbissets. Ganze 8,75 Dollar pro Stunde verdiente Guzman bei Puzder. Damit konnte sie ihre

Familie nicht durchbringen. Sie musste Nahrungsmittelmarken und Wohnhilfen beziehen. «Das war hart», erzählte sie an einem Hearing der Demokraten in Washington unter Tränen, wie linke News-Portale berichteten. Noch härter sei aber der Lohnklaus gewesen. Guzman musste unbezahlte Überstunden sowie Arbeit auf Abruf leisten. Systematisch zog ihr die Firma Pausen vom Lohn ab.

ABZOCKERKÖNIG. Und Guzman ist kein Einzelfall. Viele Puzder-Angestellte berichten Ähnliches. Und sagen übereinstimmend: Die Missbrauchskultur zog mit dem CEO ein. Manager Puzder, der jährlich bis zu 10 Millionen Dollar Gehalt ein-



RUCHLOSER MINISTER: Andrew Puzder. FOTO: GAGE SKIDMORE

streicht, gilt als ruchloser, gewerkschaftsfeindlicher Fastfoodkönig. Amtliche Untersuchungen bestätigten gewohnheitsmässige Missbräuche in seinen Restaurants. Ein Report spricht auch von einem überdurchschnittlichen Mass an sexuellen Belästigungen von Angestellten. Kein Wunder: In Puzders sexistischen TV-Spots

beissen halbnackte Models lustvoll in fette Hamburger.

GEGEN MINDESTLÖHNE. Und jetzt ist Puzder also Arbeitsminister im Kabinett Trump. Puzder unterstützte dessen Wahlkampf und wird nun dafür belohnt. Auch, weil er sich seit Jahren am rechten Flügel der Republikaner engagiert. Er ist gegen jede Erhöhung des Mindestlohns und würde am liebsten Roboter beschäftigen, «weil die keine Ferien machen». Ausgerechnet der Mann, der laufend Gesetze missachtet und Arbeitsrechte verletzt, soll künftig über ihre Einhaltung wachen. Für Kritiker ist Puzders Nomination, als würde der Fuchs zum Wächter im Hühnerstall. (rh)



la suisse existe
Jean Ziegler

EIN HALUNKE IN PRAG

Der elegante ältere Herr mit graumeliertem Haar und Doppelkinn heisst Miloš Zeman. Er ist Präsident der Republik Tschechien – und eine der übelsten Figuren unter den Regierungen Europas. In seiner kürzlichen «Weihnachtsbotschaft» verkündete er (gemäss dem

Lausanner

Fremdenhass und Rassismus sind Krankheiten, die jedes zivilisierte Volk bedrohen.

«Le Matin» vom 27. 12. 2016): «Ich werde verhindern, dass muslimische Flüchtlinge in unser Land kommen.

Würden wir sie aufnehmen, ergäbe das ein kulturelles Chaos, das wahrscheinlich terroristische Attacken produzieren würde.»

STAATSDOKTRIN. Fremdenhass und Rassismus sind Krankheiten, die jedes zivilisierte Volk bedrohen. Neu an der Prager «Weihnachtsbotschaft» ist, dass die Krankheit zur Staatsdoktrin erhoben wird. Und auch, dass in der Brüsseler Zentrale der Europäischen Union kein Verantwortlicher dem üblen Zeman antwortete. Die Aufnahme der acht ost- und zentraleuropäischen Länder in die EU, so kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, war ein grober Fehler. Denn oft sind dort antidemokratische Apparatschicks an die Macht gekommen. Sie leben – und das ist die Absurdität – weitgehend von den milliarden-schweren sogenannten Solidaritätsbeiträgen der EU, obgleich sie deren Grundwerte und Organisationsprinzipien willentlich und systematisch verletzen.

Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge in Genf hat zum Jahresende 2016 die Opferzahlen der Flüchtlingsströme publiziert: Über 5000 Kinder, Frauen und Männer dürften im letzten Jahr allein im westlichen Mittelmeer ertrunken sein. Die vor allem an der libyschen Küste operierenden Schlepperkartelle haben sie wissentlich auf überfüllten Schlauchbooten und morschen Kähnen in den Tod geschickt. Vor drei Jahren proklamierten die EU-Kommissare, dass sie diese Verbrecherbanden mit militärischen Mitteln zerschlagen wollten, sobald sie dafür die Zustimmung des Uno-Sicherheitsrates erhielten. Doch die EU hat seit drei Jahren kein Uno-Mandat angefordert. Dafür lässt sie in Zentral- und Osteuropa Halunken wie Zeman oder seinen ungarischen Kollegen Viktor Orbán gewähren. Um sie zur Vernunft zu bringen, würde es genügen, die Solidaritätsbeiträge 14 Tage zurückzuhalten.

GLEICHGÜLTIGKEIT. Gift, das nicht bekämpft wird, breitet sich im Körper aus. Die Gleichgültigkeit der EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker lässt sich durch gar nichts rechtfertigen. Die 28 Mitgliedsländer zusammen stellen mit einem Bruttosozialprodukt von über 10 Billionen Euro die weitaus grösste Wirtschaftsmacht der Welt dar. Fast 500 Millionen Menschen leben auf dem Kontinent. Die völkerrechtskonforme Aufnahme von vier oder fünf Millionen gepeinigter Menschen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, aus Darfur, Eritrea oder Mali wäre weder demographisch noch finanziell ein Problem. Es gab eine Zeit, in der die deutsche Bundeskanzlerin Merkel das offen aussprach: «Wir schaffen das!» Sie hatte tausend Mal recht.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Ändere die Welt!», ist im März 2015 auf deutsch erschienen.

Mit Rosstäuscher-Tricks für die Unternehmenssteuerreform III

Gewerbe-Biglers Lügenfabrik

Die USR III ist eine gefährliche Bschiss-Vorlage. Da passt es bestens, dass die Befürworter mit gefälschten Fotos und erfundenen Ja-Sagenden operieren.

CLEMENS STUDER

Hans Stöckli, Berner SP-Ständerat und ehemaliger Bieler Stadtpräsident, sagt: «Ich bin gehörig erschrocken, als ich mein Gesicht in der «Gewerbezeitung» gesehen habe». Der alte Politfuchs ist stinksauer: «Der Gewerbeverband suggeriert, ich würde die USR III befürworten. Eine Vorlage, die zu Milliardenaufläufen für Bund, Kantone und Gemeinden führt. So dreist sind die Methoden des Gewerbeverbands unterdessen geworden!»

SP-Ständerat ist für die USR III: Der notorische Rechtsabweichler Daniel Jositsch marschiert wenig überraschend auch in Sachen Steuersenkungen für Superreiche tapfer mit der Rechten.

GEFÄLSCHTES FOTO

Noch übler als in der Deutschschweiz treiben es Biglers Leute in der Romandie. Für die französische Abstimmungszeitung fälschten sie gleich ein Foto. Im Original zeigt es die Übergabe der linken Referendumsunterschriften und ein Nein-Transparent. Die Gewerbeverband-Lügenwerkstatt mani-



Milliardenausfällen für Bund, Kantone und Gemeinden führt.» Das sei «Trump-Niveau».

Verantwortlich für den Wisch ist Gewerbeverbandspräsident Ulrich Bigler, der schon mehrfach inhaltlich und formal als treuer SVP-Vasall aufgefallen ist. Er sitzt neuerdings für die Zürcher FDP im Nationalrat, nach mehreren vergeblichen Anläufen.

MEHR LESEN

Warum der Eigenkapitalzinsabzug, ein Instrument der USR III, widersinnig ist, erklärt Ökonom Gallusser im 1x1 der Wirtschaft Seite 11

GEFÄHRLICHE BLACKBOX

Stöckli stellt klar: «Ich bin gegen die USR III, denn sie ist eine Blackbox. Auch meine Kollegin Pascale Bruderer und mein Kollege Claude Janiak, die ebenfalls einen unfreiwilligen Auftritt in der «Gewerbezeitung» hatten, lehnen die USR III ab.» Ein einziger

polierte den Slogan rein: «Des emplois? – On s'en moque!» (höflich übersetzt: Die Arbeitsplätze? – Wen kümmert's?). Die SVP gab einst einem defekten Faxgerät die Schuld an einer gefälschten Gra-

fik. FDP-Bigler und seine Spiessgesellen sind da bereits weiter: Sie bemühen nicht einmal eine faule Ausrede.

Aber irgendwie passt's ja schon: mit Rosstäuscher-Tricks und Bilderfälschungen für eine Bschiss-Vorlage.

Panama-Petra: Präsidentin Gössi und die Wahrheit

Der 9. Januar ist einer der ersten wirklich kalten Tage dieses Winters. Die Temperaturen sinken grossflächig kräftig unter null. Das Land bibbert. Nur eine Frau bleibt ganz unverfroren: FDP-Präsidentin Panama-Petra Gössi. Im «Blick» tönt sie: «Wir müssen die Lügen der SP aufdecken.» Eine Woche später darf sie dem «Blick» Ähnliches gleich noch einmal ins Blatt diktieren.



Panama-Petra Gössi. FOTO: KEYSTONE

Welch gössiartige Auftritte! Da spricht ausgerechnet die Präsidentin jener Partei von angeblichen «Lügen», deren Bundesrat Hans-Rudolf Merz das Schweizer Volk bei der Unternehmenssteuerreform II gerichtsnotorisch brandschwarz angelogen hatte. Seine USR II hat statt der vermeintlichen 900 Millionen die Steuerzahlenden und die AHV bereits mehr als 12 Milliarden Franken gekostet (siehe Grafik «Unzumutbar»). Profitiert haben von diesem Steuergeschenk nicht etwa die

Merzchen Metzgermeister und Garagisten, sondern Grosskonzerne und Rohstoffspekulanten.

SCHWARZGELDPARADIES. Wer wissen will, welche Interessen die FDP-Präsidentin wirklich vertritt, muss nicht auf das ebenflügelte SP aufdecken. In der vergangenen Woche erschienene Interview in der Basler Blicher-Presse schauen («Partei der KMU»), sondern auf Gössis Geschichte und Gegenwart: Panama-Petra aus Zug arbeitet als Juristin für eine Zürcher Steuerberatungs- und Vermögensverwaltungs-AG und ist eng liiert mit Figuren und Firmen, die mit dem Schwarzgeldparadies Panama geschäftlich.

Aber auch das passt: Was offiziell in der Schweiz von der Steuerrechnung weggetrickelt werden kann, muss nicht in Panama versteckt werden. Honorable gibt's so oder so. (stu)



PINOCCHIO-NASE: Wer hat die längere? USR-II-Merz oder USR-III-Maurer?

ILLUSTRATION: IGOR KRANKO

Unternehmenssteuerreform III: Sie wollen uns schon wieder verschaukeln

Die Lügen, die Fakten, die Zahlen

Die Unternehmenssteuerreform III, über die wir am 12. Februar abstimmen, ist ruinös, schamlos und pervers. work sagt, warum.

TEXTE: RALPH HUG | GRAFIKEN: TNT GRAPHICS

Das Steuergeschenk-Päckli für Grossfirmen aus der Küche von SVP-Finanzminister Ueli Maurer trifft uns alle. Denn die Unternehmenssteuerreform III (USR III) wird Milliardenlöcher in die Kassen der Kantone und Gemeinden reissen (Grafik «Verheerend»). Für diese Steuerausfälle zahlen die Steuerzahlenden. Denn die Gemeinden werden die Steuern erhöhen müssen (Grafik «Ungesund»). Der Gewerkschaftsbund hat's ausgerechnet: Stolz 1000 Franken kostet die ruinöse Reform jeden Schweizer Haushalt pro Jahr. Das sollen wir hinblättern für eine Vorlage, von der vor allem grosse Konzerne profitieren, superreiche Scheichs und Investmentfonds im Ausland. Kein Wunder, werben internationale Steuerberatungsfirmen wie Pricewaterhouse Coopers und Ernst & Young kräftig für ein Ja. Pikant: Bei der Ausarbeitung der Reform mischten ihre Lobbyisten bereits mit.

Die Steuergeschenke an Grossfirmen treffen uns alle.

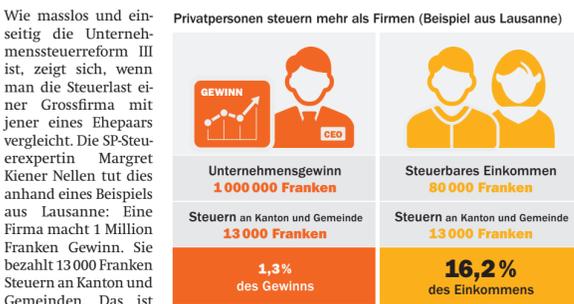
GRÖßERE DIMENSION. Vor acht Jahren kam die Unternehmenssteuerreform II von Maurer-Vorvorgänger Hans-Rudolf Merz an der Urne ganz knapp durch. Weil Merz uns brandschwarz belogen hatte. Die Steuerausfälle bezifferte er treuerzig mit «höchstens 900 Millionen». Eine schamlose Lüge, wie wir nun wissen (Grafik «Unzumutbar»). Die Unternehmenssteuerreform III ist noch um eine Dimension grösser. Sie will, dass die Firmen noch weniger steuern müssen als die Familien (Grafik «Pervers»). Denn den vielen kleinen und mittleren Unternehmen, dem Rückgrat der Schweizer Wirtschaft, bringt die Vorlage wenig bis nichts. Und wieder sagt uns der Bundesrat nicht die (ganze) Wahrheit. SVP-Finanzminister Ueli Maurer weigert sich, konkrete Zahlen zu nennen. Wir sollen die Katze also erneut im Sack kaufen. Und dann die Folgen ausbaden. Weil Sparpakete und Steuererhöhungen nötig werden. Zu diesem dicken Verlustgeschäft können wir nur Nein sagen.

Verheerend: Die Steuerausfälle sind gigantisch



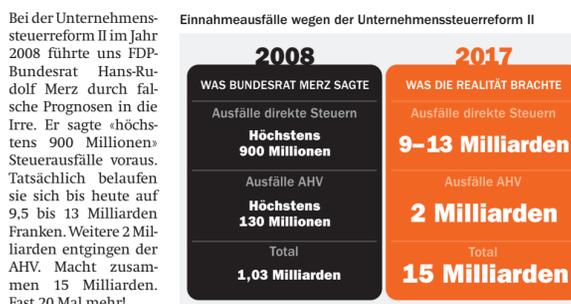
Die Unternehmenssteuerreform III dreht in den Kantonen mächtig an der Steuerspirale nach unten. Genf will den Gewinnsteuersatz von 24 auf 13 Prozent praktisch halbieren. Solothurn senkt ihn von 21 auf 13 Prozent, Basel-Stadt von 22 auf 13 Prozent und das Wallis von 21 auf 15 Prozent. Steuerrumpfungskantone wie Zug setzen noch eins drauf: Der Gewinnsteuersatz soll dort bei nur noch 12 Prozent liegen. Diese Senkung rechnet sich nur für die Grossfirmen. Denn viele KMU machen ohnehin wenig Gewinn und werden daher kaum profitieren. Die Folge sind riesige Löcher in den Kantonskassen: Fast 400 Millionen werden in der Waadt fehlen, 550 Millionen in Genf und bis zu 768 Millionen in der Wirtschaftsmetropole Zürich. Insgesamt resultieren für Kantone und Gemeinden Steuerverluste von mindestens 3 Milliarden Franken. Eigentlich hätte die Reform unzulässige Steuerprivilegien für internationale Konzerne abschaffen sollen. Doch die Rechten machten daraus eine Steuergeschkenk-Orgie für Grossfirmen.

Pervers: Firmen steuern weniger als Familien



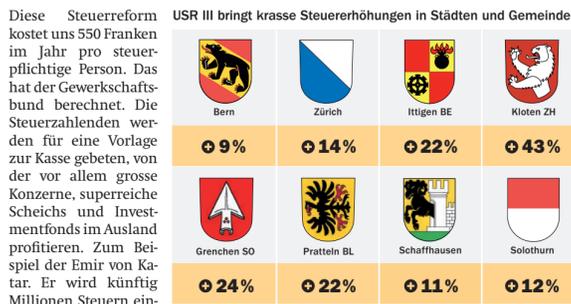
kommen. Das verstösst gegen die Rechtsgleichheit. Doch damit nicht genug. Die Reform sei auch verfassungswidrig, so Kiener Nellen. Zwar schafft sie neue Abzugsmöglichkeiten bei den Steuern, wie etwa den Zinsabzug auf Eigenkapital. Aber niemand kennt die Folgen, weil die dazugehörige Verordnung fehlt. Kiener Nellen: «Die Grundzüge der Steuer und ihre Bemessung gehören ins Gesetz.»

Unzumutbar: Wir sollen Katze im Sack kaufen



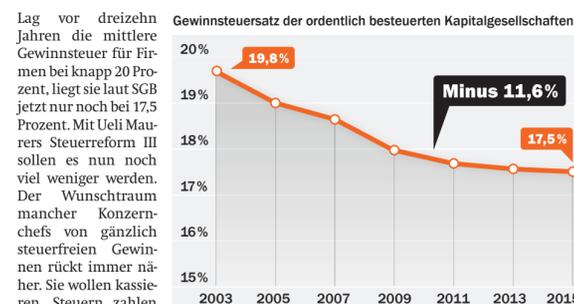
Bei der Unternehmenssteuerreform II im Jahr 2008 führte uns FDP-Bundesrat Hans-Rudolf Merz durch falsche Prognosen in die Irre. Er sagte «höchstens 900 Millionen» Steuerausfälle voraus. Tatsächlich belaufen sie sich bis heute auf 9,5 bis 13 Milliarden Franken. Weitere 2 Milliarden entgingen der AHV. Macht zusammen 15 Milliarden. Fast 20 Mal mehr! Jetzt wiederholt sich der Bschiss. Aber um eine Dimension grösser. Es geht um zig Milliarden. SVP-Bundesrat Ueli Maurer weigert sich aber, die Ausfälle seiner Steuerreform zu beziffern. Das sei «Kaffeersatzhöher sein». SGB-Chefökonom Lampart rechnet mit Ausfällen von bis zu 4 Milliarden. Eine Übersicht der Eidgenössischen Steuerverwaltung kommt auf 3 Milliarden. Nach Merz will uns offenbar auch Maurer verschaukeln.

Ungesund: Massive Steuererhöhungen drohen



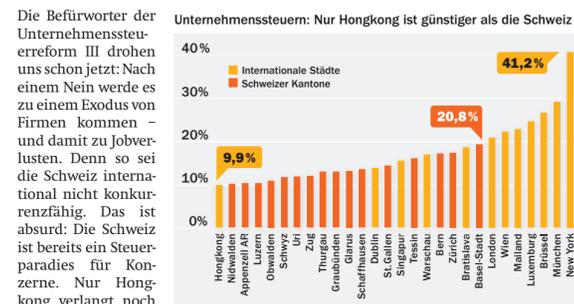
Diese Steuerreform kostet uns 550 Franken im Jahr pro steuerpflichtige Person. Das hat der Gewerkschaftsbund berechnet. Die Steuerzahlenden werden für eine Vorlage zur Kasse gebeten, von der vor allem grosse Konzerne, superreiche Scheichs und Investmentfonds im Ausland profitieren. Zum Beispiel der Emir von Katar. Er wird künftig Millionen Steuern einsparen können. Das Nachsehen haben die Gemeinden. Die SP hat ausgerechnet: Grenchen müsste die Steuern um 24 Prozent erhöhen, Kloten gar um 43 Prozent. Städten wie Zürich oder Bern drohen 14 bzw. 9 Prozent höhere Steuern.

Kurzfristig: Firmen zahlen immer weniger



Lag vor dreizehn Jahren die mittlere Gewinnsteuer für Firmen bei knapp 20 Prozent, liegt sie laut SGB jetzt nur noch bei 17,5 Prozent. Mit Ueli Maurers Steuerreform III sollen es nun noch viel weniger werden. Der Wunschtraum mancher Konzernchefs von gänzlich steuerfreien Gewinnen rückt immer näher. Sie wollen kassieren. Steuern zahlen sollen die ändern.

Unrealistisch: Es gibt keinen Firmen-Exodus



Die Befürworter der Unternehmenssteuerreform III drohen uns schon jetzt: Nach einem Nein werde es zu einem Exodus von Firmen kommen – und damit zu Jobverlusten. Denn so sei die Schweiz international nicht konkurrenzfähig. Das ist absurd: Die Schweiz ist bereits ein Steuerparadies für Konzerne. Nur Hongkong verlangt noch weniger von den Unternehmen. Elf Kantone liegen weltweit an der Spitze (NW, AR, LU, OW, SZ, UR, ZG, TG, GR, GL und SH). Diese belasten Firmen im Schnitt mit lediglich 10 bis 13 Prozent. Das ist weit unter dem, was europäische Wirtschaftszentren wie München oder London verlangen. Und gerade mal ein Viertel dessen, was New York, das Herz des Superkapitalismus, den Unternehmen auferlegt. Die Spitzenreiterkantone überflügeln auch die berühmte Steueroase Dublin. Irland steht übrigens wegen seiner heimeinen Steuerdeals mit Apple & Co. unter Beschuss und muss jetzt auf Geheiss der EU seine schädliche Steuerpraxis ändern.



Beim Geldverdienen gilt: national, international, furzegal

Der neue US-Präsident Donald Trump könnte auch die Schweizer Pharmafirmen dazu bringen, Jobs in die USA zu verlagern. Den Reichen und Superreichen kommt's nicht drauf an.

Wir leben in Zeiten dramatischer Veränderungen. Wirtschaftlich, technologisch und politisch. Es kann nicht schaden, wenn wir uns ein paar Grössenordnungen und Entwicklungen merken.

- Wirtschaftliche Vergleiche zwischen Ländern erfolgen sinnvollerweise jeweils kaufkraftbereinigt. Genauso wie die Vergleiche zwischen den Pro-Kopf-Einkommen der verschiedenen Länder. Denn entscheidend ist, was sich Haushalte und Unternehmen mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld vor Ort kaufen können.

- **China** ist daran, die USA kaufkraftbereinigt als stärkste Volkswirtschaft der Welt zu überholen. Das Pro-Kopf-Einkommen in China ist nächstens bereits halb so hoch wie jenes in der EU. Wer hätte das vor 20 Jahren gedacht?

- **Deutschland** und China exportieren viel mehr, als sie importieren. Genau gleich wie die Schweiz. Das kann und wird auf die Dauer nicht gutgehen. Die **USA** kaufen zu viele chinesische Güter. China pumpt den USA das notwendige Geld, damit sie die chinesischen Waren auch bezahlen können. Wer hat auf Dauer mehr Probleme: der Schuldner oder der Gläubiger? Oder beide zusammen? Beide zusammen!

- Der neue US-Präsident Donald Trump will dies korrigieren. Wir nehmen ihn nur als Pausenclown wahr. Vermutlich zu Unrecht. Die neue Regierung wird früher oder später den Dollar abwerten. Und somit ihre Schulden vernichten. Deshalb werden die Zinsen real nicht steigen. Das haben die USA schon nach



BASEL ODER BABYLON? Den Eigentümern von Roche und Novartis ist es letztlich völlig gleichgültig, wo die Multis ihre Dividenden verdienen. FOTO: KEYSTONE

dem Vietnamkrieg so gemacht. Erst wenn das nicht funktioniert, beginnt der eigentliche Handelskrieg.

- Was wir leicht vergessen: Selbst die Regeln der Welthandelsorganisation WTO erlauben es allen, die zu viel importieren, gegen jene vorzugehen, die zu viel exportieren.

- Die Preise für Photovoltaikzellen fallen immer tiefer in den Keller. Die Produktion pro Jahr ist auf eine neu installierte Leistung von

mehr als 100 Gigawatt angestiegen. Der Grossteil davon wird in China produziert.

- China will der Elektromobilität zum Durchbruch verhelfen. Schneller als alle anderen industrialisierten Länder. **Norwegen** ausgenommen.

- Die **Schweiz** will die Steuern für Unternehmen senken. Dank SVP-Finanzminister Ueli Maurers Trickkiste. Dies ohne Kompensationen für die Kassen von Bund, Kantonen und

Gemeinden. Trump will das Gleiche in den USA machen. Die Spirale dreht sich diesseits und jenseits des Atlantiks in die falsche Richtung. Die Reichen und Superreichen werden reicher. Der Rest muss nehmen, was übrigbleibt.

SCHWIERIGE PROGNOSEN. Wird die Schweiz unter dem Trump-Radar hindurchfliegen? Eher nicht. Denn Trump setzt auch die Pharmakonzernunternehmen Roche und Novartis unter Druck. Damit diese beiden Konzerne mehr Arbeitsplätze nach Amerika verlagern. Das wird den Standort Schweiz schwächen. Und ist letztlich dem Basler Taig so lang wie breit. Denn beim Geldverdienen gilt für die Multis und die Erben der Gründer der Grundsatz: national, international, furzegal.

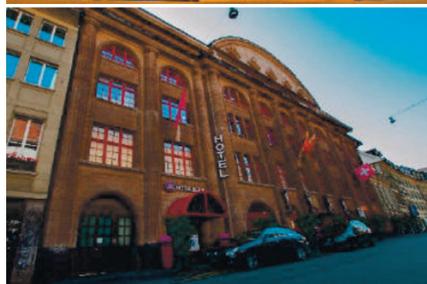
China versucht richtigerweise, seine Binnenmarktnachfrage zu stärken, um so die Erträge aus sinkenden Exporten zu kompensieren. Deutschland beginnt erst langsam, den Ernst der neuen Ausgangslage zu begreifen. Und in der Schweiz hat das Nachdenken noch gar nicht begonnen.

Prognosen sind schwierig. Trotzdem scheinen folgende Entwicklungen wahrscheinlich: Die Schweiz wird tendenziell weniger als bisher exportieren können. Die Schweiz wird tendenziell mehr importieren müssen. Die Handelsbilanzüberschüsse werden deshalb tendenziell sinken.

Wie sieht eine linke Wirtschaftspolitik aus, die den sich absehbar verändernden Rahmenbedingungen Rechnung trägt? Gibt es sinnvolle Beschäftigungen abseits des Modells Taubenschlag für das Kapital? Wirtschaftlich, technisch und politisch?

Der Weg in eine rosa Zukunft ist kein Sonntagsspaziergang. Trotzdem allen verspätet ein gutes neues Jahr.

INSERAT



Best Western Hotel Bern – das Hauptstadthotel



Das Viersternehaus befindet sich im Zentrum von Bern, nur wenige Gehminuten vom Bahnhof entfernt.

Sehenswürdigkeiten wie der Zeitglockenturm, das Münster oder die Französische Kirche befinden sich in unmittelbarer Nähe. Das Hotel mit einer Jugendstilfassade besitzt 99 funktionell und modern ausgestattete Hotelzimmer.

Das Restaurant Volkshaus 1914 mit Bar ist ein beliebter Treffpunkt beim Berner Publikum. Es bietet traditionelle Gerichte, neu definiert in stilvollem Ambiente.

Eine grosszügige Seminaretage mit 800 m² bietet die ideale Gelegenheit für geschäftliche oder private Anlässe von 8 bis 260 Personen. Alle Tagungsräume sind mit Beamer oder einem TV-Screen ausgestattet. Eine fest installierte Simultananlage kann für mehrsprachige Anlässe oder internationale Konferenzen gemietet werden.

Live-Konzerte im Volkshaus 1914 – jeden ersten Mittwoch im Monat Beginn ab 19.00 Uhr, der Eintritt ist kostenlos.

Nächste Konzerte:

- 1. März 2017 «Suspenders»
- 5. April 2017 «Schnulze und Schnulze»
- Montag, 1. Mai 2017 «Magic Five»

VOLKSHAUS
1914
RESTAURANT | BAR

Package «Time out in Bern»

CHF 299.– im Zweibettzimmer
exkl. City-Tax CHF 5.30 pro Person und Nacht
(nur am Wochenende buchbar)

Enthaltene Leistungen:

- ✓ 1 Übernachtung im Zweibettzimmer
- ✓ reichhaltiges Frühstücksbuffet am Morgen
- ✓ Welcome-Drink bei Anreise
- ✓ 3-Gang-Abendessen im Restaurant Volkshaus 1914 exkl. Getränken
- ✓ Bern-City-Ticket (freie Fahrt mit Bus und Tram in den Zonen 100/101 sowie Gurtenbahn und Marzilibahn)
- ✓ kostenloses Mineralwasser auf dem Hotelzimmer
- ✓ gratis WLAN



Alle UNIA-Mitglieder* erhalten bei einer Übernachtung 20% Rabatt auf den aktuellen Tagespreis, exkl. Frühstück CHF 20.– und City-Tax CHF 5.30 pro Person und Nacht. *Mitgliederausweis muss bei Ankunft vorgezeigt werden.

Best Western Hotel Bern | Zeughausgasse 9 | 3011 Bern
Telefon: +41 (0) 31 329 22 22 | E-Mail: reception@hotelbern.ch | www.hotel-bern.ch

Mammut-Politikongress: Reclaim Democracy vom 2. bis 4. Februar Demokratie wiederbeleben

Ein Riesending haben das Denknetz und das Basler Seminar für Soziologie aus der Taufe gehoben: Krethi und Plethi der Linken und Linkliberalen debattieren an einem Kongress, wie die Demokratie zu retten sei.

MICHAEL STÖTZEL

Vier Plenarveranstaltungen und 50 «Ateliers». Vorträge und Diskussionen über praktisch alle Themen, die die Welt heute bewegen. Organisiert vom gewerkschaftsnahen Schweizer Denknetz und dem Seminar für Soziologie der Universität Basel in Kooperation mit 23 in- und ausländischen Instituten, Gruppen, Bewegungen, Zeitschriften und Gewerkschaften, darunter die Unia. Praktisch das ganze Spektrum der Linken und Linkliberalen kommt zusammen, um einmal gemeinsam darüber zu reden, was sie bisher zumeist alleine beschäftigte.

Die Zahl der Beiträge – die Veranstalter erwarten um die 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – führt zwangsläufig zu einer gewissen Unübersichtlichkeit des Kongresses. Dafür würden sich vielfache Möglichkeiten des Gesprächs und der Vernetzung bieten, meint Denknetz-Geschäftsführer Beat Ringger. Ihm schwebt im Idealfall die Entstehung einer «linken Heimat» vor.

DER NEOLIBERALE SIEGESZUG

Die Linken kämen zusammen, um «Wunden zu lecken», hämt die SVP-Postille «Weltwoche». Und trifft damit sogar einen Punkt. Denn die Demokratie, die lange als unbestritten beste Verkehrsform moderner Gesellschaften galt, ist brüchig, verletzlich geworden. Eine Folge der seit Anfang der 1980er Jahre vorherrschenden neoliberalen Politik. Sie erklärt sich für alternativlos, zu einem Naturgesetz globaler Politik.

Die Folge: rapide wachsende Ungleichheit und Umverteilung, nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch innerhalb der Staaten des Nordens. In denen sich die regierenden Parteien immer mehr angleichen und der Einflussbereich demokratischer Entscheide schrumpft. Zugunsten globaler Konzerne und einer Handvoll von Superreichen, die die



MEHR ALS ABSTIMMEN? Der seit Anfang der 1980er Jahre wütende Neoliberalismus hat die einst unbestrittene Regierungsform Demokratie ausgehöhlt. FOTO: KEYSTONE

politische Agenda bestimmen. Sie brachten es fertig, etwa in der Haushaltspolitik ihre Sonderinteressen für die Interessen der Allgemeinheit auszugeben. Und sind, wo dies einmal nicht gelingt, durchaus in der Lage, ihre politischen und ökonomischen Vorstellungen mit Lüge und Gewalt durchzusetzen.

So wurden die widerspenstigen Griechinnen und Griechen, die einmal glaubten, sie hätten noch eine Wahl, rücksichtslos eines Anderen belehrt. Ganz undemokratisch wurde ihnen von den EU-Geldgebern diktiert, wie sie zu leben und zu wirtschaften hätten.

RECHTE UND LINKE

«Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen», erklärte der milliarden-schwere US-Investor Warren Buffett bereit 2006 in einem Interview der «New York Times». Wenn er sich da

mal nicht irrt. Denn der Erfolg des neoliberalen Furors, Buffetts Sieg, führt zur Selbstzerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und zuvor schon der politischen Ordnung.

Weltweit wird bereits heute das demokratiepolitische Vakuum von nationalistischen Rechten mit eini-

Den Linken fehlt das Gesamtkonzept, das Mehrheiten anspricht.

gem Erfolg ausgefüllt. Demgegenüber hat die Linke zwar in vielen Einzelfragen vernünftige Lösungskonzepte erarbeitet, zum Stop der Erderwärmung zum Beispiel und zum nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Zur Regulierung des Finanzmarktes, zu einer solidarischen Europäischen Union, zur Flüchtlingshilfe oder zur Care-Arbeit, um nur einige zu nennen. Sie alle kommen auf dem Basler Kongress

zur Sprache. Was fehlt, ist ein Gesamtkonzept, das Mehrheiten anzusprechen vermag.

GUTES LEBEN

Einen Versuch dazu unternommen hat der ecuadorianische Politiker und Ökonom Alberto Acosta. Als einer der Hauptredner des Kongresses wird er sein Konzept des «buen vivir», des guten Lebens, präsentieren. Acosta will damit eine Wertedebatte anstossen, die nach einem Leben in Würde einerseits, der vernünftigen Bewirtschaftung der Natur andererseits fragt. Nach einer gerechten Gesellschaft, in der der Reichtum rückverteilt wird und in allem das Prinzip «Öffentlich vor Privat» gilt. Und die sich trennt vom zerstörerischen Wachstumsfetisch.

Kongress **Reclaim Democracy**, Do, 2. 2., ab 12 Uhr, bis Sa, 4. 2., 24 Uhr. Universität Basel, Kollegiengebäude, Petersplatz 1. Programm: www.reclaim-democracy.org.

Ausstellung in Baden So prägte ABB die Welt

1891 lancierten Charles Brown und Walter Boveri im aargauischen Baden eine Start-up-Firma. Brown war der Erfinder, Boveri der Geschäftsmann. So war der Grundstein zum Weltkonzern Brown



Boveri (BBC) und später, nach der Fusion mit der schwedischen Asea, zur ABB gelegt. Baden mutierte zur Industriestadt. Wie das soziale und politische Leben vom Erfolgskonzept geprägt wurde und welche Abhängigkeiten entstanden, zeigt jetzt eine bildstarke Sonderausstellung. Sie schöpft aus dem reichhaltigen Fundus des Firmenarchivs. Klar wird, wie stark der Konzern die Migration förderte. Zuerst kamen Italiener, später über hundert andere Nationalitäten. Sie alle transformierten die beschauliche Bäderstadt Baden zum Multikulti-Ort.

Ausstellung **IndustrieStadt** im historischen Museum Baden. Bis 12. März. Infos: www.museum.baden.ch.

Der neue «Widerspruch» Stadtumbau mit Profit

Die neue Ausgabe der linken Theoriezeitschrift «Widerspruch» thematisiert den neoliberalen Umbau der Stadt. Konzerne haben das Sagen, die Politik erfüllt ihre Wünsche. Das Nachsehen hat der weniger gut gestellte Teil der Bevölkerung. So geschieht es in Zürich und in Basel, aber auch im Rohstoffhandelsparadies Zug. Das zeigen Autoren wie Olivia Jost, Hans Schäppi, Niklaus Scherr und Hanspeter Uster in schlüssigen Texten auf. Der «Widerspruch» zeigt aber auch Gegenrezepte, wie etwa eine aktive Wohn- oder eine gerechte Steuerpolitik, die aufs Gemeinwohl zielt.

Widerspruch Nr. 68 **Konzerne Stadt Demokratie**. Beiträge zu sozialistischer Politik. 220 Seiten, Fr. 25.–.

Jetzt bewiesen:

Ärztinnen heilen besser

Spitalärztinnen befolgen klinische Vorschriften besser, verschreiben mehr Prävention und kommunizieren besser mit den Patientinnen und Patienten als ihre männlichen Kollegen. Dies ist bekannt. Dass diese Tatsache auch positive Folgen für jene hat, die sie behandeln, zeigt jetzt eine neue Studie der US-Ärztgesellschaft. Sie weist nach, dass die Sterblichkeit bei Patienten, die von Ärztinnen behandelt wurden, signifikant geringer ist. Das Gleiche gilt für die Zahl der Wiedereintritte ins Spital. Das deutet darauf hin, dass die Unterschiede in den Behandlungsweisen von Ärztinnen und Ärzten bedeutende Auswirkungen auf das Wohlergehen der Patientinnen haben, so die Studie.

Die Studie **Comparison of Hospital Mortality and Readmission Rates for Medicare Patients Treated by Male vs. Female Physicians** ist auf www.jama-network.com/journals publiziert.

workxl der wirtschaft

David Gallusser



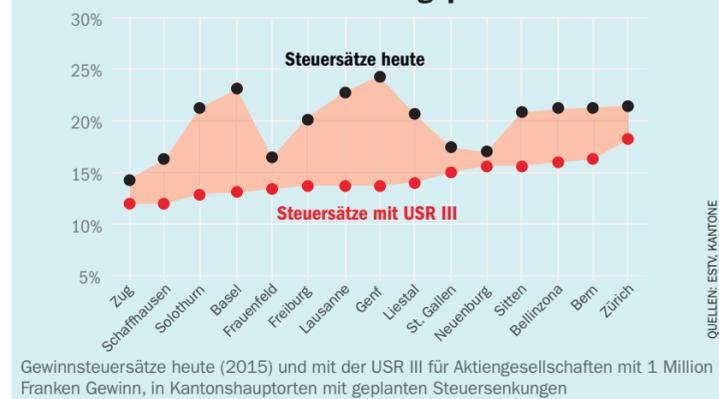
USR-III-TRICKSEREIEN: WEITERES STEUERGESCHENK FÜR KONZERNE

Stellen Sie sich vor: Sie könnten Ihrem Ersparten über 5000 Franken einen fiktiven Zins anrechnen. Und könnten diesen Betrag dann vom steuerbaren Einkommen abziehen. Als Normalverdienende können Sie davon nur träumen. Grosskonzerne hingegen sollen diese Möglichkeit schon bald erhalten, mit der Unternehmenssteuerreform III (USR III). Zusätzlich zu weitreichenden Steuererleichterungen und weiteren Instrumenten zur Steuervermeidung, versteht sich. Mit dem sogenannten Eigenkapitalzinsabzug könnten Konzerne einen Zins auf «überschüssigem» Eigenkapital, den sie gar nie bezahlt haben, von ihren Steuern abziehen. Zum Beispiel könnte ein Rohstoffhändler auf 20 Prozent eines Kredits, den er einer Tochterfirma im zentralafrikanischen Kamerun gewährt, 5 Prozent Zinsen geltend machen. Das Abstruse: Der Rohstoffhändler vergibt den Kredit und zahlt keinen Rappen, sondern erhält Zinsen von der Tochterfirma.

Der Abzug ist nicht nur widersinnig. Er kostet die öffentliche Hand auch Hunderte Millionen, wenn nicht gar Milliarden. Der Bund geht zwar von «nur» 600 Millionen Franken jährlich aus. Allerdings sind grosse Fragezeichen angebracht (siehe auch das work-Dossier auf den Seiten 8–9). Bisher wurde nicht definiert, wie viel Eigenkapital als «überschüssig» gilt. Eine grosszügige Definition ist wahrscheinlich und könnte grössere Löcher ins Budget reissen. Zudem schätzte nicht die Verwaltung die Ausfälle, sondern der Steuerberatungskonzern Pricewaterhouse Coopers (PwC). Er gehört neben Grossfirmen und Aktionären zu den Hauptnutznießern des Eigenkapitalzinsabzugs. Um den Abzug richtig vorzunehmen, braucht es Fachwissen. Firmen werden dieses teuer von Beratern wie PwC einkaufen müssen.

MITTELSTAND. Der Abzug öffnet Missbrauch Tür und Tor. Multis erhalten ein neues Instrument, um Briefkas-

Deutlich tiefere Gewinnsteuern geplant



tenfirmen zu eröffnen und Steuern zu umgehen. Ähnliche internationale Probleme für die Schweiz zeichnen sich ab, wie sie durch die Statusgesellschaften – international tätige Spezialgesellschaften – entstanden sind und eigentlich mit der USR III hätten gelöst werden sollen. Schliesslich

werden reiche Privatpersonen auf Kosten des Mittelstands noch einfacher Steuern umgehen. Sie können ihr Privatvermögen in eine Vermögensverwaltungsgesellschaft auslagern und dort fiktive Zinsen abziehen.

David Gallusser ist Unia-Mitglied und Ökonom



Das offene Ohr

Wossen Aregay
vom Service Arbeitszeit beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Kurzfristige Zwangsferien: Gibt das Minusstunden?

Ich arbeite in einem Freibad. Im Sommer bin ich hauptsächlich als Bademeister tätig. Im Frühjahr und im Herbst mache ich vermehrt Unterhaltsarbeiten. Im Winter arbeite ich nicht. Dieses Jahr hatten wir wetterbedingt eine schlechte Saison. Mein Chef ordnete deshalb im Herbst kurzfristig an, dass ich drei Wochen Ferien nehmen müsse. Die Minusstunden, die dadurch entstanden, solle ich zu einem späteren Zeitpunkt kompensieren, indem ich mehr arbeite. Er meint, das Jahresarbeitszeitmodell, nach dem ich angestellt bin, gebe ihm das Recht, das so anzuordnen. Stimmt das?

WOSSEN AREGAY: Nein. Es ist nicht zulässig, wenn Ihr Chef Ihnen quasi in letzter Minute bekanntgibt, dass Sie in Kürze Ferien beziehen müssten. In diesem Fall haben Sie das Recht, den Bezug der Ferien zu verweigern. Solange Sie Ihrem Arbeitgeber zur Verfügung stehen und



AUFGEPASST: Kurzfristig Ferien anordnen geht nicht. FOTO: PIXABAY

ihm Ihre Arbeit anbieten, liegt es an ihm, Sie in dieser Zeit zu beschäftigen oder nicht. Diese Zeit gilt als bezahlte Arbeitszeit. Sie haben deswegen nicht weniger Ferientage. Daran ändert auch ein Jahresarbeitszeitmodell nichts.

Dieses gibt Ihrem Chef zwar das Recht, Ihre Arbeitszeit über das Jahr hinweg zu planen. Und zwar so, dass vorhersehbare saisonale Schwankungen, wie sie zum Beispiel in einem Freibad vorkommen, aufgefangen werden. Am Ende des Jahres müssen Sie einfach auf die Anzahl Jahresstunden kommen, die in Ihrem Vertrag steht. Die Arbeitszeitplanung für das Jahr muss Ihnen aber lange im voraus bekannt sein. Der Chef kann sie nicht kurzfristig ändern.

Auch wenn letztlich also Ihr Arbeitgeber bestimmt, wann Sie Ihre Ferien im Verlaufe des Jahres beziehen: Bedingung dafür ist, dass er die Ferien frühzeitig anordnet. Üblich ist eine Frist von drei Monaten im voraus.

Pensum reduziert, Ferien bezogen: Muss ich deshalb mehr arbeiten?

Anfang letzten Jahres arbeitete ich noch zu 100 Prozent im Pflegedienst. Im Februar machte ich eine lang geplante Kreuzfahrtreise in den Süden. Wie mit meiner Chefin vereinbart, bezog ich dafür meine gesamten Jahresferien, also vier Wochen. Im Juni reduzierte ich aber mein Arbeitspensum auf 50 Prozent. Dadurch hätte ich zu viele Ferientage bezogen, sagt meine Chefin. Sie rechnet mir diese nun als Minusstunden an, die ich bei Gelegenheit zu kompensieren hätte. Darf sie das?

WOSSEN AREGAY: Ja. Wenn Sie im Februar schon Ihre gesamten Jahresferien beziehen, stehen Sie in einer sogenannten Ferienschuld, die Sie bis zum Jahresende «abarbeiten» sollten. Normalerweise beziehen Sie so viele Ferientage, wie Ihnen zum Zeitpunkt zustehen, an dem Sie verreisen. Wenn Sie nun aber während des laufenden Jahres Ihr Arbeitspensum reduzieren, stehen für den Ausgleich der Ferienschuld weniger Arbeitstage zur Verfügung. Es ist daher gerechtfertigt, dass Sie die bestehende Ferienschuld ausgleichen, indem Sie mehr arbeiten.

Lohnerhöhungen 2017: So sieht es in den verschiedenen Branchen aus Wer in diesem Jahr wie viel

Die Produktivität ist gestiegen, doch nicht alle Firmen beteiligen ihre Angestellten am Erfolg. Auch wenn es dringend nötig wäre.

SINA BÜHLER

Auch dieses Jahr sind die Resultate der Lohnverhandlungen eher durchgezogen. In der Baubranche beispielsweise sind die Fronten verhärtet: Die Baumeister wollen eine Nullrunde durchdrücken. Die Gewerkschaften wehren sich, eine Einigung ist noch nicht in Sicht.

In der Industrie sieht es besser aus, ein Teil der Verhandlungen läuft allerdings noch. Mit Blick ins benachbarte Ausland kann Unia-Chefökonom Beat Baumann mit dem bisher Erreichten trotzdem nicht zufrieden sein: Die guten Resultate, die beispielsweise die deutschen Gewerkschaften erreicht hätten, wären zwar auch in der Schweiz möglich, sagt Baumann. Aber: «Der überbewertete Schweizerfranken und der Wegfall des Euro-Franken-Mindestkurses machen die Verhandlungen schwierig.» Denn die Arbeitgeber sehen weniger Spielraum für Lohnerhöhungen.

MUTTERSCHAFTSURLAUB

Positives bringt der neue Gesamtarbeitsvertrag der Schweizer Uhren- und Mikroelektronikindustrie. Zwar bleiben die Mindestlöhne gleich, dafür sind im neuen GAV die Sozialleistungen besser. Unter anderem wird der Mutterschaftsurlaub künftig 18 Wochen lang voll bezahlt, und auch Väter können beim ersten Kind von fünf Urlaubstagen profitieren, beim zweiten von zehn.

Auch im Gewerbe gibt es einige gute Lohnabschlüsse. Unia-Präsidentin Vania Alleva ist erfreut: «Das zeigt, dass es möglich ist. Und es ist auch dringend nötig!» Angesichts der Teuerung im nächsten Jahr und den steigenden Krankenkassenprämien hätten Arbeitnehmende weniger Geld zur Verfügung: «Haushalte, die schon ein geringes Einkommen haben, können in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten», sagt Alleva. Und nimmt die Arbeitgeber in die Pflicht: «Wir haben über alle Branchen eine Erhöhung der Produktivität (wie viel man in einer bestimmten Arbeitszeit produziert, Anm. d. Red.) von rund 1 Prozent.» Diese Produktivitätssteigerung müsse auch den Arbeitnehmenden zugute kommen.

BRANCHE	FIRMA / ARBEITGEBER	LÖHNE TOTAL *	generell	individuell	BEMERKUNGEN
Gewerbe	Elektro- und Telekom-installation				Erhöhung Mindestlöhne um 1,1 bis 2,5%, plus 1 Tag Ferien bis zum 35. Altersjahr
	Gebäudehülle Deutschschweiz	0,7%	Fr. 40.– 0,7%**		
	Gebäudetechnik	0,5%		0,5%	
	Isoliergewerbe / Isolation	0,5%	Fr. 25.– 0,5%**		Erhöhung gilt für Löhne bis Fr. 5600.–
	Maler / Gipser	0,5%	Fr. 25.– 0,5%**		Erhöhung der Mindestlöhne; vorzeitiger Altersrücktritt vereinbart: Teilzeit ab 60 bzw. ab 59 Jahren (Frauen), Vollzeit ab 63 bzw. 62 Jahren. Gilt ab 2018.
	Marmor und Granit				Einmalzahlung Fr. 360.– bei entsprechendem Branchenkonferenzbeschluss
	Plattenleger	0,7%	Fr. 40.– 0,7%**		Erhöhung Mindestlöhne um Fr. 40.–
MEM-Industrie	Schreiner	0,9%	Fr. 20.– 0,36%**	0,54%	ab 24 Jahren kein Mindestlohn unter Fr. 4000.–
	Second Œuvre Romand				Erhöhung Mindestlöhne um 30 Rp. pro Stunde
	Reishauer AG	1,3%	Fr. 40.– 0,8%**	0,5%	generell Fr. 40.–, zusätzlich Einmalzahlung von Fr. 50.–
Bau und Bauindustrie	Franke Industrie	0,5%		0,5%	
	Ammann Schweiz AG	0,5%	Fr. 30.– 0,5%**		Erhöhung der Gesamtlohnsumme um 0,5%, generelle Erhöhung gilt für Löhne bis Fr. 6000.–
	Gerüstbau	0,5%	Fr. 25.– 0,5%**		Erhöhung Mindestlöhne um Fr. 15.–
	Nettoyage pour la Suisse romande				Erhöhung Mindestlöhne um bis zu 2,3%, je nach Kategorie
Chemische Industrie	Reinigung Deutschschweiz				Erhöhung Mindestlöhne um 1,1 bis 2,5%, je nach Kategorie
	Ziegelindustrie	0,4%	Fr. 20.– 0,4%**		
	Cilag	1,7%		1,7%	individueller Bonus im März von 2,25% der Jahreslohnsumme
Lebens- & Genussmittelindustrie	Novartis	0,9%	0,5%	0,4%	
	Roche	0,9%		0,9%	
	DSM Nutritional Products	1%		1%	Einmalzahlung Fr. 500.– für Mitarbeitende ohne Lohnerhöhung
	Fenaco	0,7%		0,7%	
	Chocolats Camille Bloch SA	0,5%	Fr. 20.– 0,5%**		
	Feldschlösschen	1%	Fr. 25.– bis 35.– 0,5 bis 0,7%**	0,3– 0,5%	
Lebens- & Genussmittelindustrie	Lindt & Sprüngli	0,5–1%		0,5–1%	Erhöhung 1% für Löhne bis Fr. 5000.–, Erhöhung 0,5% für Löhne ab Fr. 5000.–
	Nyco Flexible Packaging	0,5%		0,5%	zusätzlich Einmalzahlung von Fr. 200.– bis 250.–
	Ucifa, Union Central-schweizerischer Cigarrenfabrikanten	0,7%	Fr. 30.– 0,7%**		Erhöhung Mindestlöhne für Ungelehrte um Fr. 30.– auf Fr. 3900.–

* Gesamte Lohnerhöhung nominell oder Erhöhung der Lohnsumme gesamt ** berechnet für einen Durchschnittslohn



BLING-BLING: Die Rückerstattung der Mehrwertsteuer schenkt bei teuren Souvenirs so richtig ein. Wie zum Beispiel bei diesem Schmuck aus einer Boutique auf Sardinien. FOTO: KEYSTONE

Holen Sie sich nach den Ferien die So machen die

Wer im Ausland einkauft, kann die Mehrwertsteuer zurückverlangen. work sagt, wie das einfach geht.

SINA BÜHLER

Ob Sie in einem tiefverschneiten Winterort über die Pisten brausen oder irgendwo an einem weissen Sandstrand im Meer planschen: Ferien sind einfach etwas Schönes. Nicht nur, weil man die Seele baumeln lassen und mal richtig ausspannen kann. Sondern auch, weil es sich im Ausland herrlich Souvenirs shoppen lässt. Und die können je nachdem zu einem echten Steuerschnäppchen werden.

hat, aber im Ausland einkauft, kann das in vielen Fällen steuerfrei tun: Sie können sich die ausländische Mehrwertsteuer zurückerstatten lassen. Je höher diese ist, umso mehr Geld bekommen Sie zurück. In Skandinavien beispielsweise beträgt die Steuer bis zu 25 Prozent. In Deutschland liegt sie bei 19 Prozent, in Frankreich und Österreich bei 20 und in Italien bei 22 Prozent.

Bevor Sie aber überhaupt an eine solche Rückerstattung

Je höher die Mehrwertsteuer, umso mehr gibt's zurück.

STEUERFREI. Wer nämlich ständigen Wohnsitz in der Schweiz

denken können, sollten Sie erklären, ob es einen Mindestbe-

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

So steigen Sie aus bei Facebook & Co.

Wer Apps auf sein iPhone laden will, braucht ein Apple-Benutzerkonto, für viele Windows-Anwendungen brauchen Sie ein Microsoft-Konto usw. In den Kontoeinstellungen sind persönliche Daten wie die E-Mail-Adresse gespeichert, oft sogar Kreditkartendaten. Das sind gute Gründe, Konten zu löschen, die Sie nicht mehr brauchen. Das ist nicht immer einfach: Denn «Löschen» heisst nicht zwingend, dass die Betreiberfirmen Ihre Daten nicht weiterhin speichern.

Aus Sicherheitsgründen: Löschen Sie Konten, die Sie nicht mehr brauchen.

Apple-ID / iTunes: Die Kontokündigung beantragen Sie in einem Formular. Sie finden es mit dem Link saldo.ch/dz6bb2. Dort wählen Sie den Punkt «Datenschutzprobleme». Nun füllen Sie das Formular aus und beantragen beim Kommentar, die Apple-ID zu löschen. Teilen Sie unbedingt den Namen der ID mit.

Facebook: Zum Löschen loggen Sie sich auf Facebook ein und gehen zur Seite saldo.ch/dt812c. Klicken Sie auf «Mein Konto löschen». Ihre Daten sind dann für andere Nutzerinnen und Nutzer nicht mehr zu sehen. Aber: Facebook speichert weiterhin alle Daten. Kommentare, die Sie auf den Seiten anderer geschrieben haben, bleiben sichtbar.

Google: Melden Sie sich bei Google an. Klicken Sie auf den farbigen Punkt oben rechts und wählen «Mein Konto». Nun klicken Sie unter «Kontoeinstellungen» auf «Konto oder Dienste löschen».

Twitter: Wählen Sie das Symbol oben rechts auf der Seite und klicken Sie auf «Profil anzeigen». Danach gehen Sie zu «Einstellungen». In der neu geöffneten Seite ganz unten wählen Sie den Menüpunkt «Meinen Account deaktivieren», im nächsten Fenster «Deaktiviere @Ihr Twittername». Nach der Passworteingabe ist das Konto deaktiviert, gelöscht wird es 30 Tage später. Achtung: Loggen Sie sich in dieser Zeit ein, macht Twitter die Löschung rückgängig.

Whatsapp: Bei einem Android-Handy klicken Sie auf die drei Punkte oben rechts in der App. In den Einstellungen wählen Sie «Account», dann «Meinen Account löschen». Nun geben Sie die Handynummer ein mit der Schweizer Vorwahl «+41». Anschliessend mit «Meinen Account löschen» bestätigen. Beim iPhone klicken Sie unten rechts auf «Einstellungen», dann auf «Account». Nach dem Druck auf «Meinen Account löschen» geben Sie die Handynummer ein.

MARC MAIR-NOACK

mehr verdient

BRANCHE	FIRMA / ARBEITGEBER	LÖHNE TOTAL *	generell	individuell	BEMERKUNGEN
Uhrenindustrie	Schweizer Uhren- und Mikrotechnikindustrie				Erhöhung der Krankenkassenzulage um Fr. 15.–, Verlängerung des vollumfänglich bezahlten Mutterschaftsurlaubs auf 18 Wochen, Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs auf 10 Tage beim zweiten Kind, 5 Tage beim ersten Kind. Der Gesamtarbeitsvertrag gilt neu auch für Temporärangestellte.
Dienstleistungen	Coop	0,5%		0,5%	
	Elvetino	1,2%	Fr. 50.– 1,2%**		Erhöhung Mindestlöhne um Fr. 25.–
	L-GAV Gastgewerbe				Erhöhung Mindestlöhne um 0,3%; 2 zusätzliche Tage Vaterschaftsurlaub
	Sicherheitsdienstleistungen				Erhöhung Mindestlöhne um 1%; für Mitarbeitende im Stundenlohn ab dem vierten Dienstjahr, für Mitarbeitende im Monatslohn im ersten und in den höchsten Dienstjahren
	Securitas	0,3–1,1%	0,3–1,1%		Erhöhung nach Anzahl Dienstjahren und Kategorie
	Personalverleih				Erhöhung Mindestlöhne um Fr. 100.– für Ungelernte und Fr. 50.– für Gelernte
	Migros	0,3–0,7%		0,3–0,7%	
	Swisscom	1%	0,4%	0,6%	ab 1. April 2017
	Cablex	0,3%		0,3%	
	Buchhandel				Erhöhung Mindestlohn um Fr. 50.– im ersten Berufsjahr
Banken	UBS	0,8%		0,8%	
	Kantonalbank BS	0,65%		0,65%	
Verkehr	RhB				2016–2019 insgesamt 4% garantiert, Massnahmen für Pensionskasse
	Bernmobil	0,8%		0,8%	
Öffentliche Hand	Kanton Schaffhausen	1%		1%	
	Kanton Solothurn				Stufenanstieg von 0,8–0,9% gewährt
	Spitäler Kt. Basel-Stadt	0,5–1%		0,5–1%	
	Spitäler Kt. Aargau	0,5–1%		0,5–1%	
	Stadt Bern	1%		1%	Prämie Fr. 1200.–
	Stadt Schaffhausen	1%			Prämie
	Industrielle Betriebe AG	0,8%		0,8%	Erhöhung Fr. 50.– bei Löhnen bis Fr. 6000.–
	Bund				Stufenanstieg halbiert
	EKZ (Zürich)				Prämie
	Energie	AEW (Aargau)	1,48%	1,18%	0,3%
Energie Arbon		1,1%	0,3%	0,8%	
Energie Thun		0,8%		0,8%	
EWB (Bern)		0,9%		0,9%	Prämie Fr. 500.–

FOTOS: COLOURBOX (1), FOTOLIA (1), PARLAMENTSDIENSTE (1), PIXABAY (4), SBB (1), SHUTTERSTOCK (1), 123RF (1)

Mehrwertsteuer zurück Souvenirs noch mehr Freude

trag für Ihren Einkauf gebe. In Deutschland ist das nicht der Fall. In Italien müssen Sie aber mindestens für 155 Euro eingekauft haben, damit's etwas retour gibt. In Frankreich sind es 175 Euro, in Österreich 75 Euro.

AM ZOLL. Ist eine Rückerstattung möglich, müssen Sie sich an der Kasse im Laden ein Formular abstempeln lassen – die Ausfuhrbescheinigung. Diese erhalten Sie entweder im Geschäft selber oder im voraus beim Zoll des Einkaufslandes.

Wenn Sie in die Schweiz zurückkehren, brauchen Sie vom Zoll des Ferienlandes zusätzlich einen Stempel auf der vom Laden ausgefüllten Bescheinigung. Denken Sie daran, dass Sie beim Zoll die Quittung

für Ihren Einkauf vorweisen müssen.

Mit dem zweifach abgestempelten Formular erhalten Sie das Geld beim nächsten Besuch im Laden zurück. Achtung: Die Rückerstattung gilt nur befristet, je nach Land zwischen drei Monaten und meh-

Bewahren Sie die Quittung Ihres Einkaufs auf.

rerer Jahren. Die präzisen Angaben finden Sie auf der Zoll-Website des jeweiligen Landes: goo.gl/7IELwM.

Ausserdem: Die Läden sind nicht verpflichtet, Ihnen eine Rückerstattung anzubieten. Viele tun es aber, weil sie sich

davon einen besseren Umsatz versprechen. In den meisten Fällen erkennen Sie diese Geschäfte an einem entsprechenden Kleber auf der Eingangstüre, beispielsweise «Tax Free».

GEBÜHREN. Inzwischen gibt es auch Firmen, welche den Aufwand, den Sie für eine solche Rückerstattung betreiben müssen, für Sie übernehmen. Verschiedene Händler und Geschäfte arbeiten ausschliesslich mit solchen Unternehmen zusammen. Die Rückerstattung der Steuer bei Ferienandenken wird damit einfacher. Beachten Sie aber, dass die Gebühren happig sein können. Genaueres dazu finden Sie bei der Eidgenössischen Zollverwaltung: goo.gl/EhIRN7.

PROBLEM EINKAUFSTOURISMUS

Shopping gehört meist zum Ferienerlebnis dazu, die Rückerstattung der Steuer ist dabei ein kleiner Bonus. Der zunehmende regelmässige Einkaufstourismus über die Grenze aber ist ein Problem für den Standort Schweiz. Konsumentinnen und Konsumenten sollten nicht vergessen, dass sie mit einem Einkauf im Inland Schweizer Arbeitsplätze unterstützen können.

Günstige Skiferien in der Schweiz Winter im Reka-Dorf

Die Reka garantiert, dass Sie für Winterferien nicht Unsummen ausgeben.

Endlich hat es auch im Flachland geschneit. Schöner ist der Winter aber in den Bergen. Skiferien müssen nicht zwingend teuer sein, das beweist die Reka-Reisekasse schon seit vielen Jahren. In den Reka-Feriendörfern können Sie eine Wohnung für weniger als 500 Franken in der Woche mieten. Viele Dörfer liegen in Wintersportgebieten.

MIT CHEMINÉE. Beispielsweise in Bergün GR, wo die berühmte zehn Kilometer lange Schlittel-piste direkt vor der Haustür endet. Im Reka-Dorf Sörenberg LU liegt die Sesselbahn nur ein paar Meter neben den Ferienwohnungen. In Wildhaus SG gibt es spezielle Schneespielwo-



WINTER-WUNDERLAND: Reka-Dorf Zinal im Val d'Anniviers VS.

chen für die Kleinsten (2 bis 4 Jahre). In Montfaucon JU können Sie ein ganzes Häuschen mieten, mit Cheminée! Und an der Lenk BE gibt es ein Hallenbad mitten im Feriendorf.

Die Reka (www.reka.ch) ist 1939 vom Gewerkschaftsbund zusammen mit dem Fremdenverkehrsverband gegründet worden. Sie ist heute noch eine Genossenschaft und gehört weiterhin Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. (sib)

workrätsel

3 Coop-Gutscheine à je Fr.150.- zu gewinnen!



Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen Glück und viel Spass beim anschliessenden Einkauf!

coop rechtsschutz
einfach anders.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 21/2016
Das Lösungswort lautete: LICHTERMEER



DEN PREIS, 500 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Hermann Zünd, Nussbaumen AG. Herzlichen Glückwunsch!

Geld: ihn machen Banker gerne	Gemüse, gut mit Marroni	diese Zukunft in work	süßer, dickflüssiger Saft	brutaler Typ Mensch	wirklich	Zutat b. Brotbacken	Sommer, in der Romandie	Klugheit, Intelligenz	er führt ein Hotel	und anderes, Abk.	er liebt seine Mannschaft
5				Unia/work beschäftigen sich m. der Welt		7		Pflanze, f. Schnüre u. Halluzinationen			
franz.: Knochen		Verpackung einer Ware	schweiz. Flächenmass			Gewerkschaft in Spanien	en passant, aber nur kurz	Geldankündigung	mehrere Hundert ergeben ein Jahr	flaches Gelände an Gewässer	
				Stadt am Rheinknie				Peddighrohr			
Satzung	kurz für Angina pectoris		Autokennzeichen v. Le Locle	dieser Muhammad war Boxer		eine Art Stachel	Stufe einer Skala			11	dieses Loch in Schottland
das offene von work			gewalttätiger Kerl	langer Hohlkörper	staatl. dt. TV-Sender	10		muss man mit Schulden machen			
Teelöffel bei Rezeptangaben	wobei, indessen			2	dieser Lindenberg		Staat am Fuss des Himalaya	12	Personalpronomen		Lasttier
	anderes Wort für Biene (I = J)	chem. Zeichen f. Arsen	gekürzter City-Express	Bäume m. charakteristischer Rinde	1			rötlich glänzendes Metall	Wüste i. Norden Chiles		6
kleines Haustier, das Kinder lieben	flüssiger Dünger				Internetadresse v. China		Abzugskanal für Abwässer	extrem, drastisch			
					dieses Unia-Gewerbe	Kürzel f. eine Kreditkarte	Paddelboot		4	span.: dich	man hat oft viele im Leben
der Jean von work	Staat i. Nahen Osten	tiefe Trauer	CH-Forschungs- u. Prüfungsanstalt	bestimmte soz. Stellung				9	Vorplatz d. Basler Münsters		
					pen... = salopp f. schlafen		Autokennzeichen von Liestal	engl.: von	er und Struppi (Comic)	fettfreies Kosmetikum	
Tier, lebt in den Anden S.amerikas	3	geschriebenes Werk			Umlaut	grosser Unia-Sektor		Stockwerk			13
			Luftreifen			kurz f. Lymphknoten		hübsche Frühlingsblume			
Unia lanciert dauernd neue						Schwur		8	kennzeichnende Flecken		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 27. Januar 2017

INSERAT

Milliarden-Bschiss auf unsere Kosten!

Die USR III wird immer teurer: Bund, Kantone und Gemeinden verlieren mindestens 3 Milliarden Franken im Jahr. Pro Haushalt macht das mindestens 1000 Franken. Jetzt reicht's!



«Milliardengeschenke für wenige Konzerne, dafür müssen wir alle höhere Steuern bezahlen? Die USR III ist ein riesiger Bschiss an allen Arbeitnehmenden!»

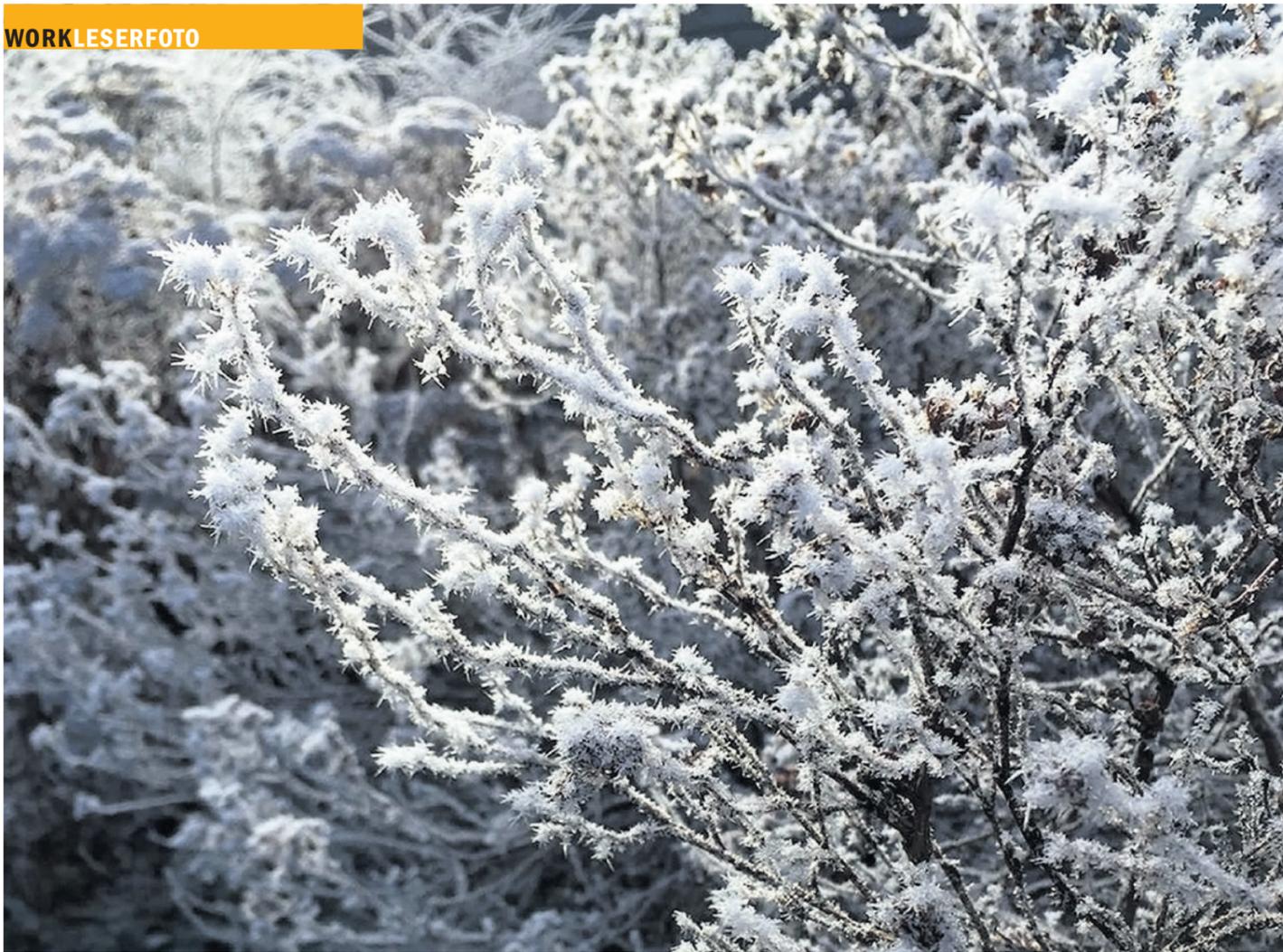
Vania Alleva, Präsidentin Unia

Am 12. Februar

NEIN

zum Unternehmenssteuer-Bschiss

WORKLESERFOTO



Winterblumen

WANN 17. Dezember 2016

WO Thun

WAS Die Sonne drückt durch den Nebel und bringt den Reif am Strauch zum Glitzern.

Eingesandt von Peter Steffen, Thun

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

HEIRI GANTENBEIN, BOTTIGHOFEN TG

WORKFRAGE VOM 16. 12. 2016

Was halten Sie von der Unternehmenssteuerreform III?

MASSIVE PROPAGANDA

In den letzten Jahren gab es einige Volksabstimmungen, deren Resultat knapper nicht hätte ausfallen können und die vielfach wegen massiver Propaganda gekippt sind. Oft bekam ich von Abstimmenden zu hören, dass sie «eigentlich dagegen» seien, aber dann doch Ja gestimmt hätten. Dies, weil sie angenommen hätten, die Vorlage werde sowieso abgelehnt. Umso erstaunter waren sie dann vom Resultat!

Massive Propaganda läuft auch gerade jetzt wieder im Abstimmungskampf zur Unternehmenssteuerreform III. Sage man Nein, sei die «Abwanderung und der Verlust von Arbeitsplätzen» die Folge. Wohin wollen die denn abwandern? Nach Eritrea? Und auf Arbeitsplätze à la Schloss Sonnenberg im Thurgau können wir gerne verzichten.

Ich befürchte sehr, dass es mit der bevorstehenden Abstimmung über die Unternehmenssteuervorlage gleich gehen wird wie damals mit ihrer Vorgängerin unter Bundesrat Merz. Es wäre also wichtig, dass man diesmal die Unterlagen ganz genau studiert, bevor man ein Ja einlegt.

BENI GNOS, ALLSCHWIL BL

FALSCHES ÜBERSETZUNG

Unternehmenssteuerreform III, also USR III: Das steht eigentlich für «Unzumutbarer sozialer Raubzug!»

BENI GNOS, ALLSCHWIL BL

UNOLIDARISCH UND EGOISTISCH

Der Ausgleich, den die ehemalige Finanzministerin Widmer-Schlumpf bei der USR III ursprünglich vorgesehen hatte, fehlt. Also wird der Mittelstand die fehlenden Milliarden in den Kassen der öffentlichen Hand begleichen müssen. Die immer reicher werdende Wirtschaftselite verhält sich mehr und mehr unsolidarisch, egoistisch und staatsfeindlich.

PATRICK GREBER, STALDENRIED VS

WORKPOST

WORK 21 / 16. 12. 2016:
WELCHER TEUFEL REITET LARDI?

Jammern auf Vorrat

Es ist leider wirklich nichts Neues, dass die Baumeister immer dann jammern, wenn's ihnen gerade in den Kram passt. Aber eigentlich ist es eine Frechheit. Wenn's darum ginge, den guten Geschäftsgang zu teilen mit den Menschen, die tagtäglich bei jedem Wetter auf den Baustellen chrapfen, dann stehen die Chefs auf der Bremse. Ich möchte ja mal sehen, wie die Anzugträger bei diesen eiskalten Temperaturen im Freien arbeiten.

Vielleicht wäre genau das die Lösung. Dann würde sich die Situation nämlich wohl relativ schnell zum Guten verändern.

BERNHARD KELLER, SURSEE LU

ERLEICHTERTE EINBÜRGERUNG Vorbild USA

Dringend notwendig, dass wir endlich das Einbürgerungsrecht modernisieren und der globalen Welt anpassen. Das heutige Prozedere ist kompliziert, teuer und erniedrigend. Darum verzichten viele. Schade! Eigentlich geht die aktuelle Vorlage zu wenig weit. Eine weitergehende Reform mit

Automatismus wäre angemessen. Darüber stimmen wir hoffentlich auch bald ab. Die USA sind heutzutage nicht in jeder Beziehung ein Vorbild. Aber Einbürgerungen sind einfach. Um den amerikanischen Pass zu erhalten, genügt es, dort geboren zu sein.

MARTIN A. LIECHTI, MAUR ZH

GRÜSSE ZUM NEUEN JAHR

Eine wichtige Stimme

Herzlichen Dank für Euren Einsatz, liebe work-Macherinnen und -Macher. work ist gut, informativ

und anregend. Eine wichtige Stimme für alle Lohnabhängigen, Rentner und Mieterinnen. Schade, dass es die Gewerkschaften noch nicht schaffen, work als Zeitung für alle Branchen als Kopfblatt zu realisieren. Zersplitterung ist weniger wirksam und teurer.

KARL GMÜNDER, HORGEN ZH

Auf ein soziales neues Jahr

Abzocker-Manager, Ausbeuter-Chefs, SVP-Zwänggrinden, Engstirn-Rassisten: Gut, dass work sie beim Namen nennt. Auch 2017!

KATHRIN NEUENSCHWANDER, ZÜRICH

Film über Jean Ziegler Portrait mit Respekt

Der Schweizer Regisseur Nicolas Wadimoff war einst ein Schüler von Jean Ziegler. Doch dann entschied er sich gegen die Soziologie und für den Film.

Nach vielen kritischen Dokus nahm Wadimoff sich nun ein Portrait seines ehemaligen Lehrers vor. Dabei legt er Ziegler keinen roten Teppich aus, sondern fragt hartnäckig nach, er zeigt Widersprüche auf, konfrontiert ihn mit der Wirklichkeit. Und das alles in Kuba, dem Land der sozialisti-

schen Revolution, die Ziegler so viel bedeutet.

LOCARNO. Wadimoffs respektvolles Portrait über den international vielleicht bekanntesten Schweizer Intellektuellen erntete bei der Erstaufführung in Locarno viel Applaus. «Der Optimismus des Willens» läuft in verschiedenen Schweizer Städten.

5x2 GRATIS-TICKETS
Schreiben Sie ein Mail an redaktion@workzeitung.ch mit dem Betreff «Jean Ziegler». Die ersten fünf gewinnen.

INSERAT

« Ein doppelbödiger Reality-Check. »
NEUE WEGE

Festival del film Locarno
Official Selection

EIN FILM VON
NICOLAS WADIMOFF

JEAN ZIEGLER
DER OPTIMISMUS DES WILLENS

JETZT IM KINO

FRENETIC

workwort

Spritzen

Feuer auf der Baustelle! Sofort reagieren! Wasser! Wasser! – und schon spritzen die Spritzen, im Kampf gegen das ungewollte Element, das zerstört statt baut. Ich ganz vorn dabei, auf der Leiter mit der Spritze, im Angesicht die schaurigen Flammen. Etwa so stelle ich mir das vor, natürlich mit Zuschauern, die kaum wagen, hinzusehen, doch: Stop! Ich schreibe hier eine ernsthafte Kolumne, Thema «Spritzen». Erster Teil ist erledigt, Spritzen als Aufgabe der Feuerwehr. Zweiter Teil. Spritzen als Spritzen. Damit meine ich die Medizinalinstrumente, die mit dem berühmten «Pieks». Grippeimpfung ist angesagt: Pieks. Mumpsimpfung ist angesagt: Pieks. Zeckenimpfung: Pieks. Und Pieks. Und Pieks. Damit ich's nicht vergesse: Du darfst selbstverständlich auch Sahne auf eine Torte spritzen oder mit einer Spritze als automatische Feuerwaffe eine Torte erschiessen. Pieks!

THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «workwort».

Seit 12 Jahren wärmt **Andreas Schwarzer (37)** im Winter Bäuche und Seelen der Stadtzürcher

«Das Feuer ist mein Element»

Ob Winter oder Sommer, ob als Marronimann oder Artist: Andreas Schwarzer lebt für das Spiel mit Feuer, Hitze, Luft und Liebe.

YVONNE KUNZ | FOTOS JASMIN FREI

Kurz nach elf Uhr am Vormittag klappt Andreas Schwarzer seinen Stand am geschäftigen Zürcher Albisriederplatz auf. Ein schlankes Öfeli zum Warmhalten der garen Ware und zwei grosse Marronipfannen sind bereit. Die Kohle stiebt, als er sie in die Pfannen füllt. Dann steigt einem der Geruch von Brennsprit in die Nase, mit dem er die Kohle übergiess. Sekunden später stechen Flammen in die Höhe. Nie würde er wie viele andere mit Gas rösten. Er sagt: «Feuer ist mein Element. Ich mag seine Mystik.»

Von allen Seiten grüssen Passantinnen und Passanten den Marronimann. Derweil zieht sich das Feuer tief in die Pfanne zurück, jetzt kommen das Röstsieb drauf und die Marroni rein. Keine zwei Minuten später wollen drei, vier Leute bestellen. Schwarzer vertröstet: «Geht zwanzig, fünf- und zwanzig Minuten.» Eine Stammkundin will warten. Sie sagt: «Letzthin ass ich anderswo in der Stadt Marroni. Die waren teuer und schlecht. Nicht mal ganz warm.» Schwarzer weiss, welche Zutat fehlte: «Wir rösten mit Herz.»

Mit einem Holzmesser bewegt er die Nüsse. Beim Anrösten sei es wichtig, fleissig zu rühren, damit sich die Kastanien gut öffnen. Schon bald leuchtet es gelb aus den angesengten Schalen. Schwarzer pickt eine heraus, zeigt auf ein kaum sichtbares Loch: «Da ist der Wurm drin.» Auch angefaulte Exemplare sortiert er aus. Insgesamt sei es aber ein gutes Marroni-Jahr mit wenig Ausschuss.

RUNDUM WÄRMEND. Ein Passant gesellt sich zur Wartenden und erkundigt sich nach dem Rotkohl, den Schwarzer gerade unter die Kastanien mischt. Dieser sagt: «Das ist eine alte Tessiner Rezeptur, der Kohl bringt Feuchtigkeit und verstärkt den Geschmack.» Interessant, nickt der Passant. Auch er will warten, er habe Zeit. Schwarzer meint: «Das ist beruhigend.»

Hier verweilen die Leute nicht nur wegen der Marroni ganz gern zehn Minuten im unwirtschaftlichen Graunass eines Wintertags. Der Stand ist ein Idyll auf vier Quadratmetern, mit Leuchtgirlanden und eigener Postkartenserie. Andreas Schwarzer strahlt so viel Wärme aus wie die Pfannen, zwischen denen er steht. Wenn er die Marroni eintütet, holt er oft eine letzte Kastanie aus dem Feuer, lässt sie in hohem Bogen durch die Luft in die Tüte spicken. Manchmal gibt er auch eine Kostprobe seiner Jonglierkunst. Das kommt dann mit Bild in der Lokalzeitung – der Bericht ist am Stand aufgehängt.

Eine ältere Dame mit Rollator kommt vorbei, sie bestellt 250 Gramm. Sie hole die Marroni nachher ab, sie müsse noch zur Post. Schwarzer ruft: «Machen wir, extra verpackt in Zeitung, wie immer.» Als Rentnerin hat sie 20 Rappen Rabatt. Der nächste Kunde erzählt von seinen Ferien in Laos und Nordthailand. Mit einem Lächeln geht er des Weges.

RUNDUM ENGAGIERT. Eine der Postkarten aus der eigenen Serie zeigt Kinder beim Sackhüpfen am Marronifest, das die «Marronigruppe» alle paar Jahre für Kunden und Freundinnen veranstaltet. Eine zugezogene Tessinerin gründete die Gruppe vor 30 Jahren. Auf dem Papier ist mittlerweile Schwarzer der Chef der Einzelfirma, er versteht die 8köpfige Truppe aber als Kollektiv. Vier Männer und vier Frauen betreiben von Oktober bis Februar zwei Marronistände in Zürich. 7 Tage die Woche, jeweils von 11 bis 19 Uhr, nur am 25. Dezember bleiben die Buden geschlossen.

Während der Saison leben alle Beteiligten von dieser Arbeit, die im Einheitslohn zu Fr. 25.– brutto die Stunde bezahlt wird. Wenn zum Saisonabschluss noch etwas übrig ist, gibt's eine Gratifikation. Genaue Zahlen sind Schwarzer nicht zu entlocken – Betriebsgeheimnis. Der 37jährige sagt nur: «Wir leben alle bescheiden, sind keine Materialisten.»

Im Sommer werden Stand und Geräte gewartet. Und ein Firmenausflug ist geplant. Die Marronigruppe will nach Portugal, zu den Bäumen, deren Edelkastanien sie seit über 25 Jahren verkauft. In der Schweiz wurden die Nüsse nie in Plantagen



kultiviert, sondern gemischt, «wild», angebaut. Da die verschiedenen Sorten aber unterschiedliche Garzeiten haben, sind sie für den Massegebrauch nicht geeignet. Die portugiesischen Kastanien haben auch andere Vorteile: So war die Gruppe nicht von der Marroni-Knappheit betroffen, die es wegen eines Schädlings, der Gallwespe, vor einigen Jahren gab.

RUNDUM LEIDENSCHAFTLICH. Ansonsten ist Schwarzer in den Sommermonaten mit dem Trio «Herz-Feuer» als Feuerkünstler

unterwegs. Manchmal tritt er im Zürcher Opernhaus auf, wenn ein Jongleur gebraucht wird. Andere im Team arbeiten als Bademeisterin oder Koch.

Ein Leben, das sich andere auch wünschen. Schwarzer bekommt öfter Spontانبewerbungen. In den wenigsten sieht er Potential. Das hier sei nicht «einfach ein Job». Leidenschaft müsse dabei sein. Für Andreas Schwarzer ist sein Métier eine wichtige Tradition und der Stand ein Stück Lebensqualität im Quartier. Die Gruppe lebt ihren Slogan: «Kastanien, Kitsch und Kultur».



ANDREAS SCHWARZER
DAS TALENT

Nach dem Alter gefragt, muss Andreas Schwarzer kurz rechnen: geboren 1979, macht 37. Schwarzer wuchs als Sohn des Dorfmetzgers von Trütlikon TG mit zwei Geschwistern auf. Nach der Realschule trat er in die Fussstapfen des Vaters, war aber «nie Metzger mit Herzblut».

AUSBRUCH. Sein Leben schien vorgeplant, doch dann traf er beim FC Stammheim die «coolen Jungs» und hatte bald das schnellste Puch Maxi weit und breit. So fand er den Weg in die Stadt. Zehn Jahre lang servierte er im «Ziegel oh Lac», dem Restaurant des linken Kulturzentrums Rote Fabrik in Zürich. Er entdeckte sein Talent fürs Jonglieren, bald auch mit Feuer. Heute lebt er mit der Partnerin und dem neunjährigen Sohn in Degersheim SG. Im Winter ist er Marronimann in Zürich, im Sommer ein gefragter Feuerkünstler, Jongleur und Demeter-Kräutergärtner. Teils ist er angestellt, teils selbstständig. Seine Steuererklärung, sagt er, sei jedenfalls immer eine komplizierte Sache.

KASTANIEN, KITSCH UND KULTUR: Bei Andreas Schwarzer rösten die Kastanien über dem Kohlefeuer und nicht etwa auf Gas. Das gibt entsprechend schwarze(r) Hände.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden 2. Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Oliver Fahrni, oliverfahrni@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Christina Scheidegger (stv. Chefredaktorin, Produktion), christinascheidegger@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Thomas Adank, Sina Bühler, David Gallusser, Yvonne Kunz, Michael Stötzel, Clemens Studer **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänzel **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Dr. Becko GmbH, Weberstrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.